Informationen
zur politischen Bildung
aktuell
1992

Alexandra Stiglmayer

Das Ende Jugoslawiens

Am 15. Januar 1992 haben die Staaten der EG und andere Länder die Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens anerkannt. Damit hat Jugoslawien auch offiziell aufgehört zu existieren: Das Modell eines Vielvölkerstaates, der sechs Nationen und eine Vielzahl nationaler Minderheiten vereinte, ist nach 73 Jahren des Zusammenlebens gescheitert.

Als am 25. Juni 1991, Kroatien und Slowenien ihre Unabhängigkeit erklärten, kamen aus der ganzen Welt Protestnoten, hielten Politiker in West und Ost am Gesamtstaat Jugoslawien fest; denn lange Zeit hatte dieser Staat internationale Achtung genossen, war der „jugoslawische Weg zum Sozialismus", den außenpolitisch die Blockfreiheit und innenpolitisch die Arbeiterselbstverwaltung kennzeichnete, als „dritter Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus bewundert worden, war es bequem, einen statt möglicherweise sechs Ansprechpartner zu haben. Zudem fielen die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens in eine Zeit, in der der Nationalstaat in Westeuropa zugunsten einer europäischen Gemeinschaft immer mehr an Bedeutung verliert.

Auch als die Auseinandersetzungen zwischen den jugoslawischen Völkern in einem Krieg eskalierten, dessen Ende noch nicht abzusehen ist, hoffte die internationale Staatengemeinschaft zuerst noch auf eine Lösung, die den jugoslawischen Staat erhalten würde. Dabei haben die Kroaten, Slowenen und Serben schon lange Zeit vor Ausbruch des Krieges getrennte Wege eingeschlagen.

Die Ursachen für die unterschiedlichen Ziele der jugoslawischen (deutsch: südslawischen; yugo = süd) Völker und damit den Zerfall Jugoslawiens und den serbisch-kroatischen Krieg sind vielfältig und reichen bis ins 7. Jahrhundert n. Chr. zurück.

Inhalt

	Seite
Frühgeschichte und mittelalterliche Königreiche	1
Zwischen Orient und Okzident – Jahrhunderte der Fremdherrschaft	2
Das 19. Jahrhundert: Die Wiege des Nationalismus	4
Das jugoslawische Königreich 1918–1941	6
Der Zweite Weltkrieg	8
Der jugoslawische Sozialismus	9
Die nationale Frage in der Ära Tito	10
Der Zerfall Jugoslawiens	12
Der Weg in den Krieg	15

Frühgeschichte und mittelalterliche Königreiche

Im sozialistischen Jugoslawien lebten laut Verfassung sechs staatstragende Völker (Slowenen, Kroaten, Serben, bosnische Muslime, Montenegriner und Makedonen) und eine Vielzahl nationaler Minderheiten, es wurden offiziell drei Sprachen gesprochen (Serbokroatisch, Slowenisch und Makedonisch) und zwei Schriften verwendet, die lateinische und die kyrillische. Allein diese verfassungsmäßig anerkannte nationale Vielfalt erklärt zum Teil die Spannungen, die den jugoslawischen Staat seit seiner Gründung 1918 immer wieder zu zerreißen drohten.

Die Spannungen resultierten aber nicht aus der bloßen Tatsache, daß in Jugoslawien mehrere Völker zusammenlebten, sondern vielmehr daraus, daß die geschichtliche Entwicklung dieser Völker über tausend Jahre hinweg getrennt verlaufen ist, was zu unterschiedlichen Traditionen, Kulturen, Religionen und Wirtschaftsstrukturen geführt hat.

Den Staat Jugoslawien durchzog ein Riß – ein Riß zwischen dem katholischen und europäisch geprägten Nordwesten (Slowenien und Kroatien) und dem orthodox-byzantinischen, aber auch islamisch beeinflußten Südosten. Dieser Riß ist geographisch an der Linie Donau-Save-Una festzumachen und wurde in seinen Grundzügen bereits kurze Zeit nach der slawischen Besiedlung der Balkanhalbinsel angelegt.

Die slawische Landnahme

Die Slawen waren im Zuge der Völkerwanderung Anfang des 6. Jahrhunderts auf dem Balkan aufgetaucht. Damals gehörte die gesamte Balkanhalbinsel zum Oströmischen (Byzantinischen) Reich, das, in diverse Kriege verwickelt, gegen den slawischen Andrang machtlos war. Innerhalb von 150 Jahren besiedelten die Slawen die Balkanhalbinsel und verdrängten die romanische Bevölkerung auf die Inseln. Zwar erkannten die Slawen die oströmische Hoheit an, doch scheint der Einfluß Ostroms zu der Zeit schwach gewesen zu sein.

Die Slowenen

Bereits um 650 gelang den Slowenen, die sich auf dem Gebiet des heutigen Sloweniens und Südkärntens niedergelassen hatten, die Gründung des ersten südslawischen Staates, Karantaniens. Allerdings wurde er schon 748 von den Franken erobert. Damit gerieten die Slowenen unter deutschen Einfluß, der sie über tausend Jahre lang, bis 1918, prägen sollte. Von den Franken wurden sie christianisiert und damit römisch-katholisch,

Deutsch wurde die Sprache der gehobenen Stände. Daran änderte sich auch nichts, als Ende des 13. Jahrhunderts die Habsburger die Herrschaft übernahmen.

Das Königreich Kroatien

Auf seinem Siegeszug durch Europa eroberte der Frankenkönig Karl der Große (768–814) um 800 auch die kroatischen Siedlungsgebiete, die ungefähr dem Territorium des heutigen Kroatiens entsprachen. Nur das Gebiet südlich von Split und die Küstenstädte verblieben im oströmischen Einflußbereich.

Damit war die Heimat der Südslawen zum ersten Mal zweigeteilt: Im Norden herrschte das Frankenreich als Erbe des Weströmischen Reiches und im Süden Byzanz, das alte Ostrom. Wie schon die Slowenen wurden auch die Kroaten von fränkischen Missionaren christianisiert und damit Katholiken und erlebten unter der fränkischen Herrschaft einen kulturellen Aufschwung. Nach hundert Jahren befreiten sie sich wieder und konnten auch die Angriffe ihrer machthungrigen Nachbarn – Byzanz, Venedig und Ungarn – abwehren. 925 ließ sich der dalmatinische Fürst Tomislav (ca. 910–928) zum König krönen und erhielt den Segen des Papstes.

Das Königreich Kroatien umfaßte in etwa das Gebiet des heutigen Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas und währte knapp 200 Jahre. Bis heute gilt es in Kroatien als die ruhmreichste Epoche der kroatischen Geschichte und dient als Beweis für die kroatische Staatlichkeit, das Recht auf einen eigenen Staat.

Das Königreich Kroatien um 1070.

Ende des 11. Jahrhunderts fiel Kroatien wegen Nachfolgestreitigkeiten an Ungarn, aus dessen Königshaus die Witwe des letzten großen Kroatenkönigs stammte. 1102 ließ sich der ungarische König zum „Rex Hungariae, Croatiae et Dalmatiae" (König Ungarns, Kroatiens und Dalmatiens) krönen. Ein Vertrag sicherte den Kroaten Autonomierechte.

Kroatien blieb bis zum Ende des Ersten Weltkriegs mit Ungarn vereint und war damit seit 1526 Bestandteil des österreichisch-ungarischen Reiches. In den ersten Jahrhunderten hatte es eine weitgehende Autonomie. Verwaltung und Heer waren dem kroatischen Adel unterstellt, und der Ban, der unmittelbare Herrscher und Vertreter des ungarischen Königs, war kroatischer Nationalität. Zusammen mit dem Sabor – heute das kroatische Parlament, damals eine ständische Versammlung des Adels – übte er alle Funktionen der Staatsgewalt aus. Dadurch ging das Bewußtsein der Kroaten für die nationale Identität nicht verloren. Die adlige kroatische Führungsschicht hielt an der Auffassung fest, daß Kroatien als Staat weiterbestand, und in den nationalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts wurde es als Argument für Autonomieforderungen eingesetzt.

Dalmatien

In Dalmatien wechselten sich drei Jahrhunderte lang venezianische, ungarische und gelegentlich auch oströmische Herrschaft ab. 1421 wurden die dalmatinischen Küstenstädte schließlich dauerhaft von den Venezianern eingenommen. Nur Ragusa, das heutige Dubrovnik, blieb eine unabhängige Stadtrepublik.

Venedig beherrschte Dalmatien bis 1797. Unter seiner Herrschaft wurden Kunst, Kultur und Sprache italienisch. 1814 fiel Dalmatien schließlich an Österreich und gehörte damit wie die übrigen kroatischen Gebiete zum Habsburger Reich; trotz der über 500jährigen venezianischen Herrschaft verstanden sich die Dalmatiner noch immer als Kroaten.

Das serbische Königreich der Nemanjiden

Die Serben, die auf dem Gebiet des heutigen Kosovo, Montenegros, der Herzegowina und Südwestserbiens siedelten, wurden im 9. Jahrhundert von Ostrom aus christianisiert: Bei ihnen verbreitete sich die slawische Liturgie der oströmischen Slawenapostel Kyrillos und Method. Sie hatten für ihre Mission Kirchentexte ins Slawische übersetzt und dafür eine eigene Schrift geschaffen, aus der sich später die kyrillische Schrift entwickelt hat, in der die Serben heute schreiben. Seitdem gehören die Serben wie die Griechen, Bulgaren, Rumänen, Russen, Ukrainer zum orthodoxen Christentum.

Im 12. Jahrhundert erkämpfte Štefan Nemanja (ca. 1166–1196) Serbiens Unabhängigkeit von Ostrom. Das Zentrum seines Reiches war Raška, das heutige Kosovo, das in Serbien deshalb als „Wiege des Serbentums" gilt. Darauf will Serbien auf keinen Fall verzichten, auch wenn Albaner mittlerweile 90 Prozent der Bevölkerung im Kosovo stellen und immer wieder ihre Autonomie fordern.

Mit Štefan Nemanja begann die Herrschaft der Nemanjiden-Dynastie, die bis zum 14. Jahrhundert dauerte und für Serben historische Größe repräsentiert. Von großer Bedeutung war dabei die kirchliche Selbständigkeit, die der Sohn Štefan Nemanjas, der Heilige Sava, erlangte. 1219 ließ er sich vom griechischen Patriarchen zum Erzbischof weihen. Dadurch kam es zu der für Serbien typischen Vereinigung von staatlichen, nationalen und kirchlichen Interessen. Alle Nemanjidenherrscher werden in der serbisch-orthodoxen Kirche als Heilige verehrt.

Die größte Macht und Ausdehnung erreichte Serbien unter Štefan Dušan (1331–1355), der sein Reich im Norden bis zur Linie Dubrovnik/Belgrad, im Osten bis an die heutige Grenze Bulgariens und im Süden bis nach Mittelgriechenland ausdehnte. 1346 ließ er sich in Skopje (heute Hauptstadt von Makedonien) zum Kaiser der Serben und Griechen krönen.

Kurz danach begann das serbische Königreich auseinanderzubröckeln. Das endgültige Ende kam mit der Schlacht auf dem Kosovo Polje (Amselfeld; bei Priština, der heutigen Hauptstadt des Kosovo) am 28. Juni 1389, in der die Serben von den Osmanen geschlagen wurden. Diese Schlacht markiert den Beginn der türkischen Herrschaft über die Serben.

Bis heute ist der 28. Juni, der Vidovdan (St.-Veits-Tag), in Serbien der wichtigste nationale Gedenktag. Die Erinnerung an die Kosovo-Schlacht, die vor allem von der serbisch-orthodoxen Kirche lebendig gehalten wurde, hat sich im Laufe der Jahrhunderte zu einem Trauma verdichtet. Alle patriotischen Gesänge und Dichtungen gehen auf die Schlacht ein, und als nationales Ziel schlechthin gilt es, den „Fluch von Kosovo" auszulöschen, wieder zur alten Größe zurückzukehren. Auch das ist ein Grund für die starke emotionale Bindung der Serben an das Kosovo.

Zwischen Orient und Okzident: Jahrhunderte der Fremdherrschaft

Mit der Herrschaft der Osmanen über die Serben begann die zweite geschichtliche Phase, die die südslawischen Völker entscheidend prägte. Über 400 Jahre lang waren die Serben nun orientalisch-islamischen Einflüssen ausgesetzt, während die Slowenen und Kroaten weiter nördlich zum christlichen Abendland gehörten, zu Ungarn und Österreich.

Die jahrhundertelange Zugehörigkeit zu den beiden unterschiedlichen Kulturkreisen ließ endgültig jenen Riß entstehen, an dem das spätere Jugoslawien immer wieder zu zerfallen drohte und heute zerfallen ist: den Riß zwischen dem katholisch-europäischen und ökonomisch entwickelten Nordwesten und dem byzantinisch-islamischen und eher rückständigen Süden.

Die Epoche der Fremdherrschaft ist aber noch aus einem anderen Grund wichtig: In dieser Zeit kam es zu zahlreichen Bevölkerungsverschiebungen, die das südslawische Gebiet zu einem Flickenteppich der verschiedenen Nationalitäten gemacht haben – was

Das serbische Königreich um 1350.

die Entwirrung Jugoslawiens in verschiedene souveräne Staaten heute so schwierig macht.

Der Halbmond auf dem Balkan

Sofort nach der Machtübernahme beseitigten die Osmanen den serbischen Hochadel, da dieser die Führungsschicht war, von der am ehesten Gefahr drohte. Sein Fehlen sollte sich bei den serbischen Aufständen im 19. Jahrhundert bemerkbar machen; die neuen Führer entstammten alle dem bäuerlichen Milieu.

An den niederen Adel vergaben die Türken Militärlehen: Land gegen Reiter für die osmanischen Eroberungszüge. Inhaber eines Militärlehens zu sein war die höchste Ehre für einen Christen, denn alle wichtigen Ämter und Würden waren ansonsten Türken oder Renegaten (Abtrünnigen vom christlichen Glauben) vorbehalten.

Trotz dieser absolutistischen und militaristischen Regierungsform gestanden die Osmanen der serbisch-orthodoxen Kirche eine weitgehende Autonomie zu und übertrugen ihr sogar administrative Aufgaben. Dadurch konnte sie sich in der Türkenzeit zu einer Solidargemeinschaft der Serben entwickeln und wurde die Wahrerin der nationalen serbischen Tradition. Die Namen der Nemanjidenherrscher wurden tagaus, tagein in der Liturgie zitiert und ließen die Erinnerung an die Vergangenheit nie verlöschen.

Anfangs hatte die türkische Herrschaft auch durchaus positive Effekte für die Serben. Die Osmanen förderten Handel und Gewerbe und betrieben eine gezielte Siedlungs- und Baupolitik, deren sichtbarstes Kennzeichen die von ihnen erbauten Moscheen, Bäder, Islamschulen, Basarviertel und Brücken sind. Allerdings waren die Serben im Gegensatz zu den Slowenen und Kroaten von der gesamteuropäischen Entwicklung abgeschnitten. Die abendländischen Geistesbewegungen des Humanismus, der Reformation und der Aufklärung erreichten sie nicht. Im 17. Jahrhundert, als die Türken ihre ersten militärischen Niederlagen hinnehmen mußten, wurde auch die Wirtschaftslage schlecht. In dieser Zeit sank die christliche Bevölkerung, die „Raya", auf eine kleinbäuerliche Entwicklungsstufe herab. Von diesem wirtschaftlichen Niedergang hat sich der Süden des späteren Jugoslawiens nie erholt.

Bosnien

Durch die starke Position der serbisch-orthodoxen Kirche traten nur sehr wenige Serben in der Türkenzeit zum Islam über. Nur in Bosnien, das die Osmanen 1463 eroberten, kam es zu zahlreichen Übertritten. Nach einem Bericht eines päpstlichen Legaten waren 1624 zwei Drittel der Bevölkerung moslemisch.

Auf diesem Gebiet hatten sich im 6. und 7. Jahrhundert sowohl Kroaten als auch Serben niedergelassen, und in der Folgezeit wechselten sich weströmisch-kroatisch-ungarischer und oströmisch-serbischer Einfluß immer wieder ab. Dazwischen gab es auch ein bosnisches Königreich, während dessen die Lehre der Bogumilen – eine ketzerische Lehre, die von ihren Anhängern strenge Askese verlangte – eine große Verbreitung fand. Die katholische Kirche verdammte diese Lehre und verfolgte von Ungarn aus ihre Anhänger. Deshalb war die türkische Herrschaft in Bosnien nicht unwillkommen, und der Übertritt zum Islam fiel leicht.

Der Einfluß unterschiedlicher Kulturen ist allenthalben sichtbar, wie die Bilder auf dieser Seite und auf Seite 5 belegen. Oben: Ohrid im heutigen Makedonien gilt als die Wiege des slawischen Christentums. Die kleine Kirche Sr. Jovan Kaneo aus dem 14. Jahrhundert ist ein Kleinod byzantischer Baukunst. Unten: Die Hussein Pascha-Moschee in Pljevlja, Montenegro, der einstigen Hauptstadt des türkischen Sandschaks (Verwaltungsbezirk) Herzegovina.

Heute leben in der Republik Bosnien–Herzegowina rund zwei Millionen Muslime, die nicht wissen, ob sie kroatischen oder serbischen Ursprungs sind. Im sozialistischen Jugoslawien wurden sie als Staatsvolk anerkannt. Mit 44 Prozent Bevölkerungsanteil sind sie vor den Serben (31 Prozent) und Kroaten (16 Prozent) die größte Bevölkerungsgruppe der Republik, die wegen dieses Völkergemischs häufig ein „Jugoslawien im kleinen" genannt wird.

Die Militärgrenze

Nach der Eroberung Bosniens 1463 wurde das Osmanische Reich auch für Ungarn bedrohlich. Für einige Zeit gelang es den Ungarn, die Türken zurückzuhalten, doch 1526 wurden sie in der Schlacht von Mohács, in der ihr König starb, besiegt. Auch einige kroatische Gebiete fielen damals an die Türken.

Neuer König des besetzten Ungarns und damit auch von Kroatien wurde der Habsburger Ferdinand von Österreich. Seine dringendste Aufgabe war die Türkenabwehr, und in der Folgezeit entstand die österreichische Militärgrenze (siehe Karte), das „Bollwerk der Christenheit". Die Militärgrenze (vojna krajina) war ein System befestigter Siedlungen; die Grenzbewohner mußten ständig zur Verteidigung gegen die Türken bereit sein und erhielten dafür Siedlungsland und Privilegien wie persönliche Freiheit, Steuer- und Religionsfreiheit, ein gut organisiertes Schulwesen mit Unterricht in der Muttersprache und Selbstverwaltung.

Die Militärgrenze bot vor allem Serben, die vor den Türken flüchteten, eine Existenzgrundlage. Dadurch entstanden in Kroatien nahezu geschlossene serbische Siedlungsgebiete, um die die Serben heute kämpfen. Eines davon ist beispielsweise die Krajina, das Gebiet um Knin, in dem rund 80 Prozent der Bevölkerung Serben sind. Auch die serbischen Enklaven in Slawonien, wo Serben insgesamt 20 Prozent der Bevölkerung stellen, sind zum Teil Überbleibsel der Militärgrenze.

Im 17. Jahrhundert gelang es Österreich und seinen Verbündeten, die türkische Macht zu brechen. 1683 wurden die Türken vor Wien zurückgeschlagen und in den folgenden Jahren alle ungarischen und kroatischen Gebiete zurückerobert (Frieden zu Karlowitz 1699). Die Militärgrenze wurde ab Mitte des 19. Jahrhunderts stufenweise aufgelöst.

Die Auswanderung aus dem Kosovo

Ermutigt von den türkischen Niederlagen gegen Österreich und seine Verbündeten, wagten die Serben 1690 einen Aufstand – allerdings erfolglos. Angesichts der drohenden Vergeltungsmaßnahmen flohen damals rund 80 000 Serben aus dem Kosovo-Gebiet nach Südungarn, wo ihnen der österreichische Kaiser Glaubensfreiheit zusicherte. Dieses Gebiet, heute die Provinz Vojvodina, wurde Sitz des serbischen Patriarchen und geistiges und kulturelles Zentrum der Serben; dort, im Verband der Habsburger Monarchie, konnten sie an den westeuropäischen Geistesbewegungen partizipieren.

Die österreichische "Militärgrenze" im 18./19. Jahrh.

In das entvölkerte Kosovo-Gebiet zogen viele islamisierte Albaner, die Nachfahren der indogermanischen Urbevölkerung der Balkanhalbinsel, der Illyrer, sein sollen. Damit war der Grundstein für spätere nationale Konflikte gelegt, denn die Serben betrachten die Albaner in „ihrem Kosovo" als nationale Fremdkörper.

Montenegro

Während der gesamten Zeit ihrer Herrschaft gelang es den Türken nie, die unwegsame Gebirgsgegend Montenegros vollständig unter Kontrolle zu bekommen. Dadurch entwickelten die dort lebenden Serben eine eigene nationale Identität; es entstand der Mythos von den „unbezwingbaren Montenegrinern". Ende des 17. Jahrhunderts begannen sie sich unter der Führung der Familie Petrovic Njegos zu einen, und mit Hilfe Rußlands entstand nach und nach ein montenegrinischer Staat, dessen Autonomie die Türken 1799 anerkannten. 1878 wurde Montenegro international anerkannt und 1910 ein Königreich.

Das 19. Jahrhundert: Die Wiege des Nationalismus

Anfang des 19. Jahrhunderts, als nach der Französischen Revolution die Idee der Nation in Europa zu einer bestimmenden politischen Kraft wurde, erwachte auch bei den südslawischen Völkern das nationale Bewußtsein. Bei den Kroaten und Slowenen waren die ersten „Nationalisten" Angehörige des aufstrebenden Bürgertums sowie der adligen Oberschicht, und nach Serbien hinein, wo es keine Oberschicht mehr gab, wirkten „Reichsserben" (Serben, die im Habsburgerreich lebten). Sie begannen die Geschichte ihres Volkes zu erforschen, schrieben die ersten Grammatiken für die Volkssprache und beschäftigten sich mit den Sitten und Bräuchen ihres Volkes.

Dabei blieb es nicht aus, daß die Fremdherrschaft, die Herrschaft eines anderen Volkes über das eigene, als drückend empfunden wurde.

Die serbischen Aufstände

Vor allem die Serben litten unter der türkischen Herrschaft, denn der Sultan und seine Statthalter hatten die Kontrolle über lokale Amtsträger und selbsternannte Gebieter, die die christliche Bevölkerung mit Willkürmaßnahmen traktierten, verloren. 1804 kam es unter dem Viehhändler Karadjordje Petrović (1768–1817) zum ersten serbischen Aufstand gegen die Türken. Da aber weder Österreich noch Rußland den Serben halfen – beide waren durch den Kampf mit Napoleon in Anspruch genommen –, gelang den Türken 1813, den Aufstand niederzuschlagen, und Karadjordje mußte fliehen.

Neuer Führer der Serben wurde der Viehhändler Miloš Obrenović (1780–1860). 1815 begann der zweite Aufstand, und diesmal hatten die Serben in Rußland einen starken

Verbündeten. Die Türken gaben schnell nach und übergaben Obrenović das Belgrader Gebiet zur Verwaltung. Mit einer Politik der kleinen Schritte vergrößerte er nach und nach Serbiens Eigenständigkeit. 1830 wurde es innerhalb des Osmanischen Reiches autonom, und Obrenović wurde zum Fürsten ernannt.

Karadjordje hatte Obrenović 1817 ermorden lassen, wodurch er sich eine einflußreiche Familie zum Feind gemacht hatte. 1838 wurde Obrenović abgesetzt, und in der Folgezeit wechselten sich die Obrenovići mit den Karadjordjevići als Herrscher über Serbien ab. Morde waren dabei eine durchaus übliche Methode, sich den jeweiligen Konkurrenten vom Hals zu schaffen.

Der Traum von Großserbien

Serbien war wieder eigenständig – doch dieses Serbien war im Vergleich zum mittelalterlichen Serbien klein und umfaßte nicht einmal die Hälfte des serbischen Volkes, das mittlerweile über die ganze Balkanhalbinsel verstreut lebte: in Kroatien und der Vojvodina unter österreichisch-ungarischer Herrschaft, in Südbosnien, dem Kosovo und Makedonien unter türkischer Herrschaft sowie in Montenegro verselbständigt. Vor diesem Hintergrund stand die Erweiterung des serbischen Staates in der Folgezeit außenpolitisch an erster Stelle.

1844 entwickelte der serbische Innenminister Ilija Garašanin (1812–1874) in seinem „Načertanije" (Entwurf) einen detaillierten Plan zur Vereinigung aller Serben in einem Staat von der Größe des mittelalterlichen Reiches Stefan Dušans. Garašanins Plan wurde nicht verwirklicht – aber er hatte einen Anspruch formuliert, der nie wieder aufgegeben wurde und heute aktueller ist denn je: den Anspruch auf ein Großserbien.

Das politische Konzept, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die serbische Außenpolitik bestimmte, war das einer Balkanföderation: Die südslawischen Völker, die sich noch unter österreichischer und türkischer Herrschaft befanden, sollten von Serbien aus revolutioniert werden und sich dann in einer Föderation zusammenschließen. Alle serbisch besiedelten Gebiete sollten dabei zu Serbien gehören – womit ebenfalls das Ziel eines Großserbiens verwirklicht worden wäre.

Der kroatische Nationalismus

Bei den Kroaten gab es im 19. Jahrhundert keine einheitliche nationale Linie, und bei ihnen wurden südslawische Einigungskonzepte häufiger vertreten als bei den Serben. Schon die erste nationale Bewegung in Kroatien, der von den Ideen der deutschen Romantik stark beeinflußte „Illyrismus", propagierte die sprachliche Verwandtschaft der Südslawen. Mit dem Namen spielten die Illyristen auf die vermeintliche gemeinsame Herkunft der Südslawen von der illyrischen Urbevölkerung an wie auch auf die kurze Phase südslawischer Gemeinschaft in den „Illyrischen Provinzen". So hatte Napoleon die slowenischen, kroatischen und dalmatinischen Gebiete getauft, die ihm 1809 nach seinem Sieg über Österreich zugefallen waren; 1814 war die französische Episode allerdings wieder beendet und der Status quo ante wiederhergestellt.

Die Altstadt von Ljubljana zeigt mit ihren Häusern aus dem 17. und 18. Jahrhundert den deutsch-österreichischen Einfluß. Die Franziskaner-Kirche (Mitte) und der Dom St. Nikolaus (links) wurden im 17. Jahrhundert im italienischen Barockstil errichtet.

Trotz der südslawischen Ausrichtung diente der Illyrismus in erster Linie der Bildung eines kroatischen Nationalbewußtseins, da die Kroaten immer stärkerem Druck seitens der Ungarn ausgesetzt waren. Die anderen südslawischen Völker erreichte er nicht. Zwar hatte das französische Intermezzo auch bei den Slowenen das nationale Erwachen ausgelöst, aber sie drängten ausschließlich auf eine Lösung innerhalb des Habsburger Reiches (mehr Autonomie für die südslawischen Gebiete der Donaumonarchie).

Als es 1848 in Ungarn zu einem Aufstand gegen Wien kam, nutzten die Kroaten die Gelegenheit, sich der ungeliebten Ungarn zu entledigen, die mittlerweile Ungarisch als Amts- und Unterrichtssprache in Kroatien

Das Hafenstädtchen Piran in Istrien mit seinen Kirchen und Palästen zeugt von der Ausstrahlung Venedigs. Im Hintergrund der Campanile der St. Georgs-Kirche.

einführen wollten. Zusammen mit den österreichischen Truppen kämpften sie unter ihrem Ban Josef Baron Jelačić (1801–1859) den Aufstand nieder. Doch das nutzte ihrem Freiheitskampf wenig. Kroatien wurde Österreich unterstellt, jetzt wurde Deutsch Amtssprache. Nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867, der aus Österreich eine Doppelmonarchie machte, wanderte Kroatien wieder an Ungarn.

Die Enttäuschung über diese Entwicklung führte zu zwei neuen nationalen Bewegungen, die konträre Ziele verfolgten: Der Jugoslawismus nahm den Gedanken von der Einheit der Südslawen wieder auf. Sein führender Vertreter, der Bischof Josip Juraj Strossmayer (1815–1905), setzte sich politisch für eine Föderalisierung des Habsburger Reiches ein, spielte aber auch mit dem Gedanken einer Vereinigung aller Südslawen. Aus diesem Grund bemühte er sich um eine Annäherung zwischen katholischer und orthodoxer Kirche und förderte zudem das südslawische Kulturleben.

Die andere Bewegung war extrem national und ist mit den Namen Ante Starčević (1823–1896) verbunden. 1861 gründete Starčević die „Rechtspartei" (womit das Recht Kroatiens auf einen eigenen Staat gemeint war) und trat entschieden gegen jeden Jugoslawismus an. Ausgehend von der Prämisse, daß Kroatien in der Union mit Ungarn seine Eigenstaatlichkeit nie aufgegeben habe, forderte er die Errichtung eines souveränen kroatischen Staates, der, wie schon das mittelalterliche Königreich, auch Bosnien-Herzegowina umfassen sollte. Den Serben sprach Starčević jegliches Recht auf ein eigenes Volkstum ab.

Beide Gedanken, sowohl der Gedanke eines föderativen südslawischen Staates als auch der Gedanke eines unabhängigen Kroatiens, bestimmten von nun an das nationale Denken der Kroaten.

Makedonien

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde der Balkan immer mehr zum Schauplatz der rivalisierenden Großmächte Österreich und Rußland und der miteinander konkurrierenden jungen Balkanstaaten. Jeder wollte sich aus der Konkursmasse des osmanischen Reiches soviel Land wie möglich sichern, wobei die Balkanstaaten gerne auf die Geschichte zurückgriffen. So auch im Fall Makedonien: Auf dieses Gebiet meldeten Serbien, Bulgarien und Griechenland Ansprüche an; alle drei konnten dafür historische Gründe anführen, denn irgendwann einmal hatte Makedonien zu ihrem Herrschaftsgebiet gehört (so war es im 14. Jahrhundert Bestandteil des serbischen Reiches Stefan Dušans). Die Makedonen selbst hatten noch kein nationales Bewußtsein, sondern identifizierten sich mit einer ihrer drei „Schutzmächte".

Makedoniens Schicksal entschieden die Balkankriege 1912/13. Es wurde hauptsächlich zwischen Serbien und Griechenland aufgeteilt, während Bulgarien nur ein Zehntel des Territoriums erhielt.

1918 ging der serbische Anteil im jugoslawischen Königreich auf. Nach dem Zweiten Weltkrieg schuf Tito daraus die jugoslawische Teilrepublik Makedonien, erkannte die Makedonen als Volk an und ließ eine makedonische Schriftsprache entwickeln. Das haben ihm Bulgarien und Griechenland nie verziehen, was lange Zeit die diplomatischen Beziehungen belastete; sie erkennen weder die nationale Eigenständigkeit der Makedonen noch die makedonische Sprache an, die dem Bulgarischen ähnlich ist.

Heute führen wieder serbische Nationalisten Ansprüche auf Makedonien an, denn für sie sind die Makedonen „Südserben".

Kriegsausbruch

Nach der Jahrhundertwende drängte Serbien entschieden auf die „Revolutionierung der slawischen Brüder unter habsburgischer Herrschaft". Der serbische König Aleksandar Obrenović (1882 war Serbien Königreich geworden) wurde 1903 unter anderem wegen seiner österreichfreundlichen Politik ermordet; 1911 wurde der Geheimbund „Vereinigung oder Tod" gegründet, besser bekannt als „Schwarze Hand". In seinen Grundsätzen stand, „daß die Organisation mit dem Ziel der Verwirklichung der nationalen Ideale – der Vereinigung des Serbentums – geschaffen wird" und sie ihre „revolutionäre Tätigkeit auf allen Gebieten, in denen Serben leben" durchführe, und zwar in Altserbien (= Kosovo), Makedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, der Vojvodina und dem Küstenland (im übrigen die gleichen Gebiete, die in das heute angestrebte Großserbien eingegliedert werden sollen).

Am 28. Juni 1914, dem 525. Jahrestag der Kosovo-Schlacht, wurden der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Frau in Sarajevo erschossen. Der serbische Geheimbund war an diesem Attentat beteiligt. Der Mord von Sarajewo war der Auftakt zum Ersten Weltkrieg.

Das jugoslawische Königreich 1918–1941

Im Ersten Weltkrieg gab es verschiedene Pläne, im Fall des Zusammenbruchs der Donaumonarchie einen südslawischen Staat zu gründen. Während kroatische und slowenische Truppen in der österreichisch-ungarischen Armee kämpften und die Arbeit im ungarischen-kroatischen Reichstag in Budapest weiterging, schlossen sich 1915 einige kroatische und slowenische Exilpolitiker im „Südslawischen Ausschuß" (Jugoslavenski Odbor) zusammen, der für die Gründung eines föderativen südslawischen Staates und eine Vereinigung mit Serbien eintrat. Zu diesem Zeitpunkt wollte der serbische Ministerpräsident Nikola Pašić (1846–1926) allerdings noch nichts davon hören. Er hoffte darauf, daß Serbien im Krieg siegen würde und ihm danach automatisch einige südslawische Gebiete zuerkannt werden würden.

Erst als Rußland, Serbiens wichtigster Verbündeter, durch die Februarrevolution von 1917 aus dem Krieg ausschied, trat Pašić mit dem „Südslawischen Ausschuß" in Verhandlungen. Im Juli 1917 einigten sie sich auf die „Deklaration von Korfu", die die Gründung eines „Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen" unter der Dynastie Karadjordjević vorsah. Da Pašić aber auf einem zentralistischen Staatsaufbau bestand, womit die Kroaten und Slowenen nicht einverstanden waren, enthielt die Deklaration keine Aussagen über die künftige Staatsform.

Anfang 1918 sprach sich der amerikanische Präsident Wilson in den „Vierzehn Punkten" für das Selbstbestimmungsrecht der unter der habsburgischen Herrschaft lebenden südslawischen Völker aus; damit hatte der zukünftige südslawische Staat den Segen der Alliierten. Bis Kriegsende wurde jedoch nicht klar, ob die „Deklaration von Korfu" in Kraft treten oder ob es einen kroatisch-slowenischen Staat ohne Serbien geben würde. In den letzten Kriegstagen brach aber in Kroatien Aufruhr und Chaos aus, und Italien begann mit der Besetzung von Dalmatien und Istrien, die ihm die Alliierten als Kriegslohn versprochen hatten (Londoner Geheimvertrag vom April 1915). Unter dem Druck dieser Ereignisse entschloß sich die Übergangsregierung der habsburgischen Südslawen zu einer schnellen Vereinigung mit Serbien, das über eine funktionierende Ordnungsmacht verfügte und zu den Siegerstaaten gehörte.

Am 1. Dezember 1918 verkündete der Prinzregent Aleksandar Karadjordjević (1921–1934) die Gründung des „Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen". Das Staatsgebiet umfaßte Serbien, die ehemaligen südslawischen Gebiete Österreich-Ungarns und Montenegro, das sich Ende November mit Serbien vereinigt hatte.

Der serbische Führungsanspruch

Für die Serben war es selbstverständlich, daß sie in dem neuen Staat die Führung übernahmen: Sie hatten sich bereits vor hundert Jahren von der türkischen Herrschaft befreit und brachten ihr Königreich in den neuen Staat ein, während Kroatien und Slowenien nur ehemalige Untertanen der Habsburger waren; sie hatten große Kriegsverluste erlitten und schließlich gesiegt, während die kroatischen und slowenischen Truppen an der Seite des Verlierers gestanden hatten; außerdem waren sie das zahlenmäßig stärkste Volk. (Im Königreich lebten ca. 44 Prozent Serben, 23 Prozent Kroaten, 8 Prozent Slowenen.) Der neue Staat war für sie das Großserbien, von dem sie immer geträumt hatten.

Die Kroaten und Slowenen mußten ihre föderalistischen Hoffnungen begraben. Auch in der Adriafrage wurden ihre Erwartungen trotz Serbiens Teilnahme an der Pariser Friedenskonferenz Anfang 1919 nicht erfüllt;

ganz Istrien sowie einige Adriainseln und Küstenstädte im Norden fielen an Italien.

Die dringendste Aufgabe, die nun anstand, war die Ausarbeitung einer Verfassung. Als im November 1920 die verfassunggebende Versammlung gewählt wurde, schafften 16 Parteien den Sprung ins Parlament. Die beiden größten Fraktionen stellten zwei serbische Parteien, die für eine zentralistische Staatsform eintraten. Unerwarteterweise wurde die Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) drittstärkste Fraktion und vierstärkste die „Kroatische Bauernpartei" des Stjepan Radić (1871–1928). Radić verurteilte die Vereinigung unter serbischer Führung und plädierte für einen föderalistischen Staat. „Wir wollen mit Serbien, aber nicht unter Serbien sein; wir wollen den Serben zum Bruder und nicht zum Herren; wir wollen eine wahrhafte jugoslawische Einheit", erklärte er. Er stand auf verlorenem Posten, und nach den Wahlen begann seine Partei mit einem Parlamentsboykott, der erst 1924 wieder aufgegeben wurde.

Wie nicht anders zu erwarten, sah die neue Verfassung eine zentralistische Staatsform vor. Der König sollte weitgehende Rechte bekommen und das Staatsgebiet in 33 Verwaltungsbezirke eingeteilt werden, die ohne Rücksicht auf nationale und historische Strukturen bestimmt worden waren und in denen, wo immer möglich, die serbische Bevölkerung in der Mehrheit war. Am 28. Juni 1921, dem serbischen Kosovo-Gedenktag (!), wurde die Verfassung mit einer knappen Mehrheit angenommen.

Die nationalen Probleme

Schon die Umstände, unter denen das südslawische Königreich gegründet worden war, und mehr noch die Verfassung, die die serbische Vorherrschaft legitimierte, machten jede Integration der vielen Nationalitäten zur Illusion. Vor allem die Kroaten, aber auch die Slowenen konnten sich nur schwer mit der Herrschaft der Serben abfinden, und bald häuften sich die Konflikte.

Die jahrhundertelange Herrschaft Österreich-Ungarns einerseits und der Osmanen andererseits hatte zu einem starken Entwicklungsgefälle von Nord nach Süd geführt: Industrie gab es ausschließlich im ehemals österreichisch-ungarischen Gebiet, in Slowenien, um Zagreb herum und in der Vojvodina. Dieses Gefälle drückte sich auch im Bildungsniveau aus: Während 1921 nur 8,8 Prozent der Slowenen Analphabeten waren, betrug die Analphabetenquote in Südbosnien bereits 83,8 Prozent. Die Maßnahmen zur Behebung des wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälles lösten in Kroatien und Slowenien immer wieder Proteste aus. So wurden die nordwestlichen Gebiete höher besteuert als der arme Südosten, und Investitionen wurden hauptsächlich in Serbien getätigt: Zwischen 1925 und 1934 entfielen beispielsweise 68 Prozent der Investitionen für Infrastruktur auf Serbien und nur 9 Prozent auf Kroatien. Auch in der Ämterverteilung spiegelte sich die serbische Dominanz wider: Von 1918 bis 1941 waren bis auf eine Ausnahme alle Ministerpräsidenten Serben, und 1938 gab unter den 195 Generälen ganze vier Slowenen und Kroaten.

Auch in anderen Teilen des Landes sorgte die Politik der serbischen Regierung für Unruhe und sogar für gewalttätige Auseinandersetzungen. In Makedonien, nach serbischer Auffassung „Südserbien", wehrte sich die Terrororganisation IMRO gegen den systematischen Zuzug von Serben und andere Serbisierungsmaßnahmen. Die 440 000 Albaner im Kosovo-Gebiet, das Serbien in den Balkankriegen 1912/13 bekommen hatte, waren von Anfang an schweren Repressalien ausgesetzt, die von Überwachung über Folter bis zu Mord reichten. Die Pläne der serbischen Regierung liefen darauf hinaus, die Albaner aus dem Kosovo zu vertreiben.

Zu den Nationalitätenproblemen kam, daß Jugoslawien insgesamt unterentwickelt war. 80 Prozent der Bevölkerung waren in der Landwirtschaft tätig, in der mit veralteten Anbaumethoden und auf wenig ertragreichen kleinen Grundstücken gearbeitet wurde, ein Großteil des Landes befand sich noch in den Händen von Großgrundbesitzern, und die Landbevölkerung vermehrte sich rapide.

Der serbisch-kroatische Gegensatz

Die desolate Lage schlug sich auf die parlamentarische Arbeit nieder. Bereits Ende 1922, zwei Jahre nach den ersten Wahlen, platzte die Regierungskoalition der zentralistischen serbischen Parteien. In der Folgezeit kam es zu immer neuen Koalitionen und Regierungsstürzen. Bis Ende 1928 regierten insgesamt 24 Kabinette, teilweise nur eine Woche lang. Der sich bereits bei der Staatsgründung abzeichnende Konflikt spielte sich hauptsächlich zwischen Radić als Vertreter der Kroaten und des Föderalismus sowie Pašić als Vertreter der Serben und eines Zentralismus ab. Beide bekämpften sich erbittert; wann immer sich eine Chance zum Ausgleich bot, machte einer der beiden sie zunichte.

Die innenpolitische Dauerkrise erreichte ihren Höhepunkt, als ein montenegrinischer Abgeordneter der Pašić-Partei am 20. Juni 1928 im Parlament auf Stjepan Radić und vier weitere Abgeordnete der Bauernpartei schoß. Am 8. August erlag der populäre Kroatenführer, dessen Partei teilweise bis zu 80 Prozent der Stimmen in Kroatien bekommen hatte, seinen Verletzungen. Bis heute ist dieser Mord in Kroatien nicht vergessen, und Radić gilt als Held, als mutiger Kämpfer gegen die serbische Vorherrschaft.

Der neue Führer der Bauernpartei, Vladimir Maček, lehnte jede weitere politische Mitarbeit ab und forderte ultimativ eine föderalistische Neuordnung des Staates.

Die Königsdiktatur

Mit den Worten „Ich kenne nur noch Jugoslawien" löste Aleksandar Karadjordjević am 6. Januar 1929 das Parlament auf und erklärte die Verfassung für ungültig. Damit begann die Königsdiktatur. Anfangs wurde sie von weiten Teilen der Bevölkerung begrüßt; auch Radić hatte kurz nach dem Attentat erklärt, jetzt bleibe nur „das Volk und der König". Obwohl der König das Königreich auch offiziell in „Königreich Jugoslawien" umbenann-

Die Sprachen

Im sozialistischen Jugoslawien gab es offiziell drei Staatssprachen: Serbokroatisch, Slowenisch und Makedonisch. Die meistgesprochene Sprache war Serbokroatisch; sie galt als Nationalsprache der Serben, Kroaten, Montenegriner und Bosnier. Allerdings ist Serbokroatisch eine Kunstsprache, die sich aus Serbisch und Kroatisch zusammensetzt. Bis 1954 existierten Serbisch und Kroatisch als voneinander unabhängige Sprachen. Erst das Abkommen von Novi Sad 1954 erklärte sie zu *einer* Sprache.

Das Abkommen von Novi Sad erkennt beide Varianten als richtig an. Insofern gab es nie ein „Serbokroatisch" als Hochsprache, das *über* dem Serbischen bzw. Kroatischen stand; man sprach entweder die eine Variante oder die andere. Heute wollen weder Serben noch Kroaten etwas von „Serbokroatisch" hören, sondern sprechen ausschließlich von Serbisch bzw. Kroatisch und merzen alle Ausdrücke aus ihrer Sprache aus, die im Laufe der Jahrzehnte vom anderen Volk übernommen wurden.

Serbisch und Kroatisch sind sich sehr ähnlich; am ehesten lassen sie sich vielleicht mit Englisch und Amerikanisch vergleichen. Es gibt einige Unterschiede in Grammatik, Wortschatz, Syntax und Aussprache; die Serben schreiben kyrillisch und die Kroaten lateinisch. Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal ist die unterschiedliche Entwicklung des urslawischen Lautes „jat": Bei den Kroaten ist daraus ein „ije", „i" oder „je" geworden, während es bei den Serben ein reines „e" ist. So heißt beispielsweise „Fluß" auf Kroatisch *rijeka* und auf Serbisch *reka* oder „Lied" kroatisch *pjesma* und serbisch *pesma*.

Makedonisch wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg als Sprache anerkannt, zugleich mit der Anerkennung der Makedonier als Volk im Zusammenhang mit der Schaffung der Republik Makedonien.

Zur Aussprache

c = z (Cetinje = Zetinje)
č = tsch (Četnik = Tschetnik)
ć = (weiches) tjsch (Milošević = Miloschewitjsch)
dj = j wie Joe (Tudjman)
š = sch (Ustaša = Ustascha)
z = stimmhaftes s wie deutsch Sand (Zagreb)
ž = französisches j wie Jean

Die Betonung liegt fast immer auf der ersten Silbe (Dúbrovnik).

te, wurde schon bald ersichtlich, daß er nicht vorhatte, die nationalen Wünsche der kleineren südslawischen Völker zu berücksichtigen, sondern unter dem Deckmantel des Jugoslawismus alle Macht auf sich und Serbien konzentrierte. Er war der alleinige Träger der legislativen, exekutiven und judikativen Gewalt im Staat. Presse- und Meinungsfreiheit wurden aufgehoben und alle nationalen, regionalen und konfessionellen Parteien verboten.

Die Weltwirtschaftskrise, die Jugoslawien Mitte 1930 erreichte und einen rapiden Verfall der Agrarpreise mit sich brachte, führte zu einer massenweisen Verelendung der Bauern und hoher Arbeitslosigkeit. Dies steigerte die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Die Gefängnisse waren randvoll mit Dissidenten, darunter vielen Kommunisten (die KPJ war 1921 verboten worden) und Mitgliedern der alten Parteien. Sogar die Führer der kroatischen, slowenischen und muslimischen Partei saßen zeitweise im Gefängnis.

Am 9. Oktober 1934 fand die Königsdiktatur ein plötzliches Ende. Bei einem Staatsbesuch in Frankreich wurde Aleksandar Karadjordjević zusammen mit dem französischen Außenminister in Marseille auf offener Straße ermordet. Hinter dem Attentat steckten zwei terroristische Untergrund-Organisationen: die makedonische IMRO und die kroatische Ustaša.

Ustaša und IMRO – Terror für die Unabhängigkeit

Die Ustaša und die IMRO kämpften für die Unabhängigkeit Kroatiens und Makedoniens. Die Ustaša, vollständig die *Ustaša Hrvatska Revolucionarna Organizacija* (Aufständische Kroatische Revolutionäre Organisation), war einen Tag nach Ausrufung der Königsdiktatur gegründet worden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte ihr Anführer, der Rechtsanwalt Ante Pavelić (1889–1959), die „Kroatische Rechtspartei" geführt. Seine Partei bezog sich ideologisch auf die Rechtspartei von Ante Starčević aus dem 19. Jahrhundert und forderte die Vereinigung Kroatiens mit Bosnien-Herzegowina in einem unabhängigen, „national reinen" Kroatien. Politisch spielte sie in den zwanziger Jahren nur eine unbedeutende Rolle; Pavelić's große Stunde kam erst 1941, als ihn Hitler in Kroatien an die Macht brachte.

Finanzielle Unterstützung bekamen die beiden Terrorgruppen von Italien und Ungarn, wo sich auch die Ausbildungslager der Ustaša befanden.

Versuche einer Versöhnung

Da der Sohn des ermordeten Königs 1934 erst elf Jahre alt war, übernahm ein dreiköpfiger Regentschaftsrat die Regierungsgeschäfte, dem Paul Karadjordjević, der Onkel des jungen Petars, vorstand. Bei den Wahlen 1935 mußte die jugoslawische Regierung feststellen, daß die Opposition im Land stark angewachsen war und nicht mehr nur aus nicht-serbischen Parteien bestand. Bereits seit 1927 arbeitete die Partei der ehemaligen „Reichsserben" (Serben aus Kroatien und der Vojvodina) fest mit der „Kroatischen Bauernpartei" zusammen, und auch in Serbien hatten sich einige oppositionelle Parteien gebildet.

In der Folgezeit bemühte sich Prinzregent Paul um einen gemässigteren Kurs, und die jugoslawische Regierung bekam die Unterstützung der slowenischen und muslimischen Partei. Die „kroatische Frage" blieb aber nach wie vor akut, denn eine föderalistische Neuordnung des Staates lehnte die Regierung strikt ab. Erst im Angesicht des Zweiten Weltkriegs, als innere Stabilität dringend geboten schien, zeigte sie sich kompromißbereit. Am 26. August 1939 wurde der *Sporazum* (Verständigung) unterzeichnet, der die Errichtung einer Kroatischen Banschaft mit weitgehender innerer Selbstverwaltung vorsah. Die endgültigen Grenzen und Kompetenzen sollte eine neue Verfassung regeln. Vorläufig wurde der Führer der Bauernpartei, Vladimir Maček, stellvertretender Ministerpräsident und fünf Kroaten Minister in der Regierung.

Eine Woche nach Unterzeichung des Sporazum begann der Zweite Weltkrieg; seine Beschlüsse wurden nie verwirklicht. Ob er tatsächlich zu einer Versöhnung geführt hätte, ist zweifelhaft, denn nach seiner Unterzeichnung starteten serbische Nationalisten eine Hetzkampagne und forderten den Anschluß der serbisch besiedelten Gebiete in Kroatien, und auch unter den Kroaten gab es viele Kritiker, die Maček vorwarfen, die „kroatische Sache" verraten zu haben.

Das Ende des Königreichs Jugoslawien

Seit den dreißiger Jahren pflegte Jugoslawien intensive Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland und hatte angesichts der unentschlossenen Haltung der europäischen Großmächte den Weg der wohlwollenden Neutralität gegenüber Deutschland eingeschlagen. Ab Ende 1941 drängte Hitler aber auf einen Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt (Deutschland, Italien, Japan), dem sich bereits Ungarn, Rumänien und die Slowakei angeschlossen hatten. Nach langem Zögern unterzeichnete die Jugoslawische Regierung am 25. März 1941 den Vertrag.

Der Beitritt löste in Serbien regierungs- und deutschlandfeindliche Proteste aus. Zwei Tage später fand in Belgrad ein Militärputsch statt. Prinzregent Paul mußte fliehen, und der 17jährige Petar II. Karadjordjević wurde neuer König.

Obwohl die neue Militärregierung sofort ihre Neutralität versicherte, war das Schicksal Jugoslawiens bereits besiegelt. Unmittelbar nach dem Staatsstreich, noch am 27. März 1941, hatte Hitler beschlossen, Jugoslawien „militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen".

Der Zweite Weltkrieg

Die jugoslawische Armee leistete den deutsch-italienisch-ungarischen Angreifern kaum Widerstand; sie brach einfach auseinander. Viele kroatische, aber auch albanische, slowenische, muslimische und makedonische Soldaten sahen keine Notwendigkeit, für einen Staat zu kämpfen, der nicht „ihr" Staat gewesen war. Nach elf Tagen, am 17. April 1941, unterzeichnete der jugoslawische Oberbefehlshaber die bedingungslose Kapitulation.

Der König und die Regierung flohen nach London, und das Land wurde unter den Siegern aufgeteilt: Italien bekam Dalmatien, Montenegro und die Hälfte Sloweniens, Deutschland nahm sich die andere slowenische Hälfte, Bulgarien konnte „sein" Makedonien in Empfang nehmen, das Vojvodina-Gebiet ging an Ungarn zurück, das Kosovo wurde dem italienisch kontrollierten Albanien angegliedert. Serbien wurde unter deutsches Protektorat gestellt, und in Kroatien kam der Ustaša-Führer Ante Pavelić an die Macht.

Was dann folgte, wird als die „jugoslawische Tragödie" bezeichnet. Die im Zwischenkriegs-)Jugoslawien aufgebauten Aversionen der Kroaten gegen die Serben entluden sich in den grauenhaften Massakern der Ustaša an der serbischen Minderheit in Kroatien, für die sich serbische Četniks an kroatischer Bevölkerung rächten.

Die Verfolgung durch die Ustaša hatten bei den Serben zu einem tiefsitzenden Völkermord (Genozid)-Trauma geführt, das eine Erklärung für ihren erbitterten Widerstand gegen Kroatiens Unabhängigkeit ist (allerdings hat sich die serbische Regierung das Genozid-Trauma schon lange Zeit vor Ausbruch des Krieges bewußt zunutze gemacht, um die Serben zum Widerstand gegen die neue kroatische Regierung – nach serbischer Propaganda eine „genozide Ustaša-Regierung" – aufzustacheln).

Der kroatische Ustaša-Staat 1941–1945

Anfangs hatte Hitler versucht, in Kroatien Maček zur Kollaboration zu bewegen, da hinter der „Kroatischen Bauernpartei" die Masse der kroatischen Bevölkerung stand. Erst als sich Maček dem deutschen Ansinnen widersetzte, griff Hitler auf den Ustaša-Führer Ante Pavelić zurück. Am 10. April 1941 wurde der „Unabhängige Staat Kroatien" (*Nezavisna Država Hrvatska* = NDH) proklamiert. Die Mehrheit der kroatischen Bevölkerung nahm die Unabhängigkeitserklärung mit Zustimmung auf; der alte Traum von einem unabhängigen Kroatien schien in Erfüllung zu gehen. Auch die katholische Kirche bekundete ihre Sympathie.

Doch schon bald schlug die Stimmung um. Pavelić mußte Dalmatien im Mai offiziell an

Italien abtreten, und Kroatien blieb, obwohl von den Achsenmächten als unabhängiger Staat anerkannt, von deutschen und italienischen Truppen besetzt. Gesellschaft und Öffentlichkeit wurden gleichgeschaltet, eine Ustaša-Miliz ähnlich der deutschen SS aufgebaut und mehrere Konzentrationslager errichtet.

Durch Umsiedlungen und Zwangskatholisierungen sollte der serbische Bevölkerungsanteil im NDH-Staat verschwinden; doch die serbische Bevölkerung wurde zur Zielscheibe eines fanatischen Serbenhasses. In einem Bericht des Sicherheitsdienstes der SS vom Sommer 1941 heißt es aus der Stadt Glina: „Es waren zur Taufe etwa 250 Personen erschienen, die in der Kirche von sechs Ustaša-Angehörigen empfangen wurden. Nach dem Eintritt der Bauern wurde die Kirche geschlossen. Die Bauern mußten sich sodann mit dem Gesicht auf zum Erdboden legen, worauf die sechs Ustaša-Angehörigen mit bereitgehaltenen spießartigen Stöcken auf die liegenden Bauern einstachen. Durch weitere erscheinende Ustaša-Angehörige wurden die Bauern nacheinander ermordet."

Wieviele Serben im Ustaša-Staat umkamen, ist umstritten. Die Kroaten geben 70 000 Opfer an, die kommunistische Regierung führte je nach Quelle zwischen 400 000 und 700 000 an.

Die Četniks um Draža Mihajlović

Um den serbischen Oberst Draža Mihajlović (1893–1946) formierte sich die erste Widerstandsgruppe in Jugoslawien. Nach der Kapitulation zog sich Mihajlović mit seiner Einheit in die Berge Westserbiens zurück und bekämpfte von dort aus die deutschen Besatzungstruppen. Schon bald erhielt er Zulauf von weiteren serbischen Einheiten. Die Männer um Mihajlović waren großserbisch gesinnte Monarchisten und nannten sich „Četniks" (von *četa* = Bande, Schar; so nannten sich schon früher milizartige Dorfwehren, die gegen die Türken kämpften).

Der serbische König im Londoner Exil und die Alliierten erkannten Mihajlović als Führer des jugoslawischen Widerstandes an. Doch der Kampf der Četniks beschränkte sich nicht nur auf die Deutschen: Viele Četniks waren aus Kroatien geflüchtete Serben, die nach Rache dürsteten. Sie setzten alle Kroaten und Muslime – die von den Ustaša nicht verfolgt wurden, da sie laut Propaganda „Kroaten islamischen Glaubens" waren – mit den Ustaša gleich und übten an ihnen Vergeltung. So erschlugen sie nach der Einnahme der bosnischen Stadt Foca am 19. August 1941 1300 unschuldige Männer, Frauen und Kinder.

Nach anfänglicher Kooperation nahmen sie auch den Kampf gegen die Kommunisten auf und erhielten dafür ab 1942 Geld und Waffen von den Italienern. Wegen dieser Kollaboration stellte die britische Regierung im Sommer 1943 alle Hilfeleistungen für Mihajlović ein. Italien schied mit der Waffenstillstandserklärung vom 3. September 1943 aus dem Krieg aus. Auf der Konferenz von Teheran Ende 1943 beschlossen die Alliierten, von nun an Tito zu unterstützen. Die Četniks arrangierten sich daraufhin mit den Deutschen.

1946 wurde Mihajlović in Belgrad wegen Kollaboration mit dem Feind zum Tode verurteilt und erschossen; es wurde jedoch nie zweifelsfrei geklärt, ob er tatsächlich ein Kollaborateur war oder von ihm unabhängige Četnik-Gruppen mit den Achsenmächten zusammenarbeiteten.

1990 haben sich die Četniks, die im kommunistischen Jugoslawien streng verboten waren, neu formiert und kämpfen im heutigen Bürgerkrieg für ein monarchistisches Großserbien. In ihrer Brutalität gegenüber kroatischer Zivilbevölkerung stehen sie den Četniks aus dem Zweiten Weltkrieg in nichts nach.

Tito und seine Partisanen

Zur führenden Widerstandsgruppe in Jugoslawien wurden die Partisanen um Tito. Der „Volksbefreiungskampf", der nicht nur die Befreiung Jugoslawiens, sondern auch eine kommunistische Revolution zum Ziel hatte, begann in Serbien im Juli 1941 nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion und weitete sich bald auf alle Landesteile aus. Schon vor dem Krieg, 1934, hatte sich die KPJ zu einer föderativen Staatsordnung und der Gleichberechtigung aller jugoslawischen Völker bekannt.

Von der Sowjetunion wurde Tito anfangs kaum unterstützt. Stalin nahm Rücksicht auf die mit ihm verbündeten Briten, die in Mihajlović den führenden Widerstandskämpfer sahen. Erst die militärischen Erfolge der Kommunisten und die četnisch-italienische Kollaboration führten zur Anerkennung durch die Alliierten auf der Konferenz von Teheran und zu nachfolgenden Hilfeleistungen. Parallel zur Teheraner Konferenz gründete Tito am 29. November 1943 das „Nationalkomitee zur Befreiung Jugoslawiens", das sich als die neue provisorische Regierung Jugoslawiens verstand. Dieses Datum galt in Jugoslawien als die Geburtsstunde des neuen, sozialistischen Jugoslawiens.

Im Oktober 1944 einigten sich Stalin und Churchill auf einen jeweils 50%igen Einfluß in Jugoslawien. Tito hatte aber bereits einen Monat vorher mit Stalin die Modalitäten eines Einmarsches der Roten Armee besprochen. Am 20. Oktober 1944 wurde Belgrad von sowjetischen und Titos Truppen befreit.

In Kroatien sowie in Slowenien, wo sich eine antikommunistische Heimwehr gebildet hatte, dauerten die Kämpfe noch bis zum Frühjahr 1945 an. Das Ende für die slowenischen und kroatischen Truppen war schrecklich: Auf der Flucht in Österreich angelangt, wurden sie von den Briten an die Partisanen ausgeliefert. 12 000 slowenische Heimwehrsoldaten und 18 000 kroatische Soldaten wurden auf der Stelle erschossen. Die mit ihnen geflohenen Zivilisten, Hunderttausende von Kroaten, aber auch Slowenen und Volksdeutsche, wurden in einem Todesmarsch zurück in die Heimat getrieben. An der serbisch-bosnischen Grenze wurden kurze Zeit danach die letzten Verbände der Četniks eingekesselt; auch hier wurden etwa 30 000 Mann auf der Stelle liquidiert.

Die kommunistische Machtergreifung

Auf Druck der Alliierten bildeten die Kommunisten im März 1945 mit Vertretern der jugoslawischen Exilregierung eine Übergangsregierung. Bereits 1945 gab es aber die ersten Enteignungen und Verstaatlichungen. Wegen „Kollaboration mit dem Feind" wurde unter anderem die deutsche Minderheit enteignet, die rund 40 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Jugoslawien besaß. Die Deutschen, die allesamt als Kriegsverbrecher galten, kamen in Konzentrationslager oder wurden in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit deportiert. Von einer halben Million Deutschen im Vorkriegsjugoslawien waren 1948 nur noch 55 000 übriggeblieben. Nur 120 000 war die Flucht nach Deutschland und Österreich gelungen. An Stelle der „Donauschwaben" wurden in der Vojvodina und in Ostslawonien Serben und Montenegriner angesiedelt, die neben den Serben aus der Zeit der Militärgrenze heute die dortige serbische Minderheit bilden.

Am 11. November 1945 wurde schließlich die verfassunggebende Nationalversammlung gewählt. Für jeden Wähler standen zwei Wahlurnen bereit, eine für die Einheitsliste der kommunistisch beherrschten Volksfront und eine andere, die sogenannte „Witwenurne", für die Opposition, die jedoch keine Kandidaten aufstellen durfte. Die Volksfront erhielt 90 Prozent der Stimmen. Am gleichen Tag noch wurde die Föderative Volksrepublik Jugoslawien (FNRJ) ausgerufen.

Der jugoslawische Sozialismus

Bevor die jugoslawischen Kommunisten den „eigenen Weg zum Sozialismus" einschlugen, der ihnen weltweite Achtung einbrachte, waren sie überzeugte Stalinisten. Bereits 1946 waren alle Betriebe und Unternehmen verstaatlicht. Das Ziel war ein zentral gelenktes Wirtschaftssystem sowjetischen Typs, das aus dem stark zerstörten und rückständigen Land, in dem noch 77 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiteten und 40 Prozent Analphabeten waren, in möglichst kurzer Zeit eine moderne Industriegesellschaft machen sollte.

Gleichzeitig führten die Kommunisten eine Bodenreform durch und begannen kurz danach mit einer rigorosen Kollektivierungskampagne. Erst als 1953 eine landwirtschaftliche Katastrophe drohte, erlaubte man den Bauern, wieder aus den Genossenschaften auszutreten. Sie taten es fast geschlossen. Obwohl die Höchstgrenze für privaten Landbesitz daraufhin auf 10 Hektar festgesetzt wurde und die Landwirtschaft dadurch kaum profitabel war, waren 1985 noch 26 Prozent aller Beschäftigten im Agrarsektor tätig.

Der Bruch mit Stalin

Am 28. Juni 1948 wurde Jugoslawien auf Betreiben Stalins aus dem gerade gegründeten Kominformbüro ausgeschlossen. Der Grund dafür waren nicht ideologische Konflikte – Stalin und die Sowjetunion wurden in Jugoslawien geradezu verehrt –, sondern die eigenständige und expansive Politik Jugoslawiens, die nicht in das sowjetische Machtkalkül paßte. So strebte Tito den Anschluß Bulgariens als siebte Teilrepublik Jugoslawiens an, wollte Albanien dem Kosovo angliedern und unterstützte massiv den kommunistischen Kampf in Griechenland.

In der Kominform-Resolution hatte Stalin alle „gesunden Elemente" in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) aufgerufen, Tito zu stürzen. Ein Jahr später marschierten sowjetische Truppen an den jugoslawischen Grenzen auf, und der Ostblock begann mit einer Wirtschaftsblockade. Jugoslawiens Rettung war der Westen: Ende 1949 erklärten die USA, daß sie im Falle eines Angriffs nicht neutral bleiben würden, und leiteten finanzielle Hilfsmaßnahmen für Jugoslawien ein.

Blockfreiheit

Seit dieser Zeit lavierte Jugoslawien zwischen dem Westen und Osten. Es gab immer wieder Phasen der Annäherung an die Sowjetunion, denn Jugoslawien gab das Bemühen, bei den „Bruderländern" Anerkennung zu finden, nicht auf. Des Westens und seiner Kredite war man sich dagegen sicher, da er aus politischen und militärischen Gründen (Zugang zum Mittelmeer) an einer Neutralität Jugoslawiens interessiert war.

Aus dieser Position heraus entwickelte Jugoslawien die Politik der Blockfreiheit, der „aktiven friedlichen Koexistenz" von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Der Bewegung der blockfreien Staaten traten bis Ende der siebziger Jahre 90 Staaten bei. Danach wurde sie bedeutungslos.

Arbeiterselbstverwaltung

Nachdem die KPJ von insgesamt 54 000 moskautreuen Kommunisten gesäubert worden war, die zum Teil in das berüchtigte Internierungslager *Goli Otok* (Kahle Insel) gesteckt wurden, ging Tito 1950 in die ideologische Konfrontation mit der Sowjetunion. Das sowjetische Gesellschaftssystem wurde als „Staatskapitalismus" bezeichnet, der im Widerspruch zur marxistischen These vom Absterben des Staates stehe. Die „wahre Gestalt des Sozialismus" sei in der Arbeiterselbstverwaltung zu finden.

Im Juni 1950 wurde das erste Gesetz über die Arbeiterselbstverwaltung erlassen, die sich, in der Folgezeit unzählige Male überarbeitet und in der Verfassung verankert, zum Kernstück des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus entwickelte. Von nun an gab es in jedem Betrieb einen Arbeiterrat und einen ihm verantwortlichen Verwaltungsausschuß (= Direktor und Management), und an die Betriebe wurden einige der bisher zentralen Planungsstellen vorbehaltenen Rechte delegiert.

Das Ergebnis der Arbeiterselbstverwaltung war, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung 1980 schrieb, „eine seltsame Mischung aus kommunistischer Diktatur und fast unglaublicher Anarchie". Einerseits konnten die Betriebe nie selbstverantwortlich und nach wirtschaftlichen Kriterien arbeiten, da sie in Form von hohen Abgaben, festen Preisen und Investitionslenkung permanenten Eingriffen der Zentrale ausgesetzt waren. Andererseits eröffneten die Befugnisse, die sie hatten, regionalen, betrieblichen und persönlichen Egoismen Tür und Tor. Bei den kommunistischen Funktionären, die die Schlüsselpositionen innehatten, waren nicht selten Größenwahn und Verschwendungssucht anzutreffen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Heute steht fest, daß die Arbeiterselbstverwaltung Jugoslawien mit in den wirtschaftlichen Ruin geführt hat. Daß die wirtschaftliche Entwicklung bis Ende der sechziger Jahre zufriedenstellend verlief und ein wesentlich höherer Lebensstandard geherrscht hatte als in fast jedem anderen sozialistischen Land, lag zu einem großen Teil an der enormen westlichen Hilfe, die Jugoslawien erhielt. Sie wird auf bis zu 100 Millarden Dollar geschätzt. Die jugoslawische Außenhandelsbilanz war aber immer defizitär, die Verschuldung stieg kontinuierlich, immer wieder tauchten Inflationstendenzen auf. Außerdem wurde die Schere zwischen dem relativ reichen Nordwesten und dem armen Südosten immer größer (siehe Tabelle).

Der wirtschaftliche Niedergang Jugoslawiens begann Anfang der achtziger Jahre. 1987 beliefen sich die Auslandsschulden auf 22 Millarden Dollar, die offizielle Arbeitslosenquote lag 1988 bei 15 Prozent, die Inflationsrate betrug 1989 2400 Prozent und das Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf 2520 Dollar (zum Vergleich: Bundesrepublik 18 480, Portugal 3650).

	Jährl. Index des Pro-Kopf-Einkommens		Anteil des BSP	Arbeitslosenquote		Analphabetenquote	Durchschnittl. jährl. Bevölkerungszuwachs	Zum Vergleich: Bevölkerungsanteil
	1947	1981	1980	1966	1981	1971	1971–1981	1981
Slowenien	175	198	16,9 %	2,6 %	1,5 %	1,2 %	0,95 %	8,5 %
Kroatien	107	125	25,9 %	6,1 %	5,6 %	9,0 %	0,49 %	20,0 %
Vojvodina	109	117	10,3 %	5,4 %	12,5 %	9,0 %	0,49 %	9,0 %
Serbien	96	98	25,1 %	7,0 %	14,9 %	17,6 %	0,95 %	26,0 %
Montenegro	71	75	2,1 %	7,6 %	15,0 %	16,7 %	1,0 %	2,6 %
Bosn.-Herz.	83	67	12,1 %	5,3 %	14,1 %	23,2 %	1,0 %	18,4 %
Makedonien	62	67	5,6 %	16,4 %	22,3 %	18,1 %	1,61 %	8,5 %
Kosovo	53	30	2,0 %	21,0 %	27,7 %	31,5 %	2,75 %	7,1 %
Jugoslawien	100	100	100 %	6,9 %	14,9 %	15,1 %	0,61 %	100 %

(Angaben aus verschiedenen Quellen)

Die nationale Frage in der Ära Tito

Die jugoslawische Verfassung, die am 30. Januar 1946 verabschiedet worden war, gliederte Jugoslawien in sechs Teilrepubliken (Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien, Makedonien) und zwei Serbien angeschlossene Autonome Gebiete (Vojvodina und Kosovo). Bei dieser Aufteilung spielten ethnische, historische und vor allem nationalitätenpolitische Erwägungen eine Rolle, denn zum einen sollten die nationalen Bestrebungen der nichtserbischen Völker befriedigt werden und zum anderen jeglichem Großserbismus der Boden entzogen werden. So wurden das Kosovo, wo 68 Prozent der Bevölkerung albanischer Nationalität waren, und die Vojvodina, wo 50 Prozent Serben, 26 Prozent Ungarn und 8 Prozent Kroaten lebten, Autonome Provinzen; auf Makedonien mußte Serbien ganz verzichten.

Die neugeschaffenen Teilrepubliken bekamen ein eigenes Parlament und eine eigene Verfassung, laut Bundesverfassung stand ihnen das Recht zum Austritt zu. Doch die Föderalisierung stand zu Anfang nur auf dem Papier. Fast alle Rechte lagen beim Bund, und die faktische Macht im Staat übte das Politbüro der KPJ mit Tito an der Spitze aus.

Mit der formalen Föderalisierung und der sozialistischen Umgestaltung des Landes glaubte die KPJ, die nationale Frage gelöst zu haben. 1948 konstatierte Tito: „Die Nationalfrage ist bei uns gelöst, und zwar sehr gut gelöst, zur allseitigen Zufriedenheit unserer Nationen. Sie ist so gelöst worden, wie dies Lenin und Stalin gelehrt haben."

Die serbische Vorherrschaft

Hinter der Fassade der „Brüderlichkeit und Einheit" schwelten die alten nationalen Konflikte aber weiter, und wieder waren es die Serben, die zu dominieren begannen. 1961 machten sie zusammen mit den Montenegrinern 45 Prozent der Bevölkerung Jugoslawiens aus; sie stellten aber 84 Prozent aller in den Bundesinstitutionen tätigen Minister, Beamten und Funktionäre, 84 Prozent aller Bundesrichter, 70 Prozent der Offiziere und 65 Prozent der Generäle in der Jugoslawischen Volksarmee sowie 57 Prozent aller

Parteimitglieder. Die Kroaten und Slowenen waren in all diesen Bereichen unterrepräsentiert.

Dazu kam, daß die gefürchtete jugoslawische Geheimpolizei UDBA fest in serbischer Hand war. Sie war durchweg von Serben und Montenegrinern besetzt, und der Geheimdienstchef Aleksandar Ranković (1909–1983), der zweite Mann im Staat, verfolgte unter dem Deckmantel des Jugoslawismus, den er eifrig propagierte, urserbische Ziele.

Unter der UDBA hatten natürlich die Kroaten zu leiden, die aus serbischer Sicht kollektiv für die Ustaša-Massaker und den Zusammenbruch des jugoslawischen Königreichs verantwortlich waren. Nach dem Krieg wurden auf Weisung der UDBA Tausende von Kroaten als Kollaborateure hingerichtet oder zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Da Ranković von der „Unzuverlässigkeit" der Kroaten überzeugt war, sorgte er dafür, daß fast alle mittleren und höheren Posten innerhalb der kroatischen Polizei, Justiz und Verwaltung von Serben besetzt wurden. Obwohl die serbische Minderheit in Kroatien 1961 15 Prozent der Bevölkerung ausmachte, waren so insgesamt 54 Prozent aller Polizeiangestellten und 27 Prozent der Parteimitglieder Serben.

Auch im Kosovo war die serbische UDBA von Anfang an aktiv. Sie erklärte dieses Gebiet zur am stärksten gefährdeten Region Jugoslawiens, in der jederzeit mit dem Versuch eines bewaffneten Umsturzes gerechnet werden müsse. Bis 1966 legte die Polizei im Kosovo 120 000 Dossiers über „verdächtige Personen" an, und viele unschuldige Albaner wurden verhaftet, mißhandelt oder gar getötet.

Die nationale Frage

In Anbetracht der serbischen Vorherrschaft konnte es nicht ausbleiben, daß die nationale Frage auch im sozialistischen Jugoslawien zum Thema wurde; allerdings kam sie über einen Umweg ans Tageslicht. Angesichts einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage begann im BdKJ (Bund der Kommunisten Jugoslawiens; seit 1952 war dies die neue Bezeichnung der KPJ) Anfang der sechziger Jahre eine Wirtschaftsdiskussion, die sich um die Frage drehte, ob man zur Behebung der Krise das Selbstverwaltungssystem noch weiter in Richtung Marktwirtschaft ausbauen oder wieder zur zentralen Planwirtschaft zurückkehren sollte.

Dabei plädierten die kroatische und die slowenische Parteiorganisationen für wirtschaftliche Liberalisierung und Dezentralisierung; Serbien und Montenegro befürworteten dagegen die Rückkehr zur zentralen Planwirtschaft. Wie schon im jugoslawischen Königreich stand damit das kroatisch-slowenische föderalistische Konzept gegen das serbisch-zentralistische Konzept, und wieder einmal standen sich der jugoslawische Nordwesten und der Südosten gegenüber. Schon bald weitete sich die Diskussion zu einer umfassenden Debatte über Zentralismus und Föderalismus und die Stellung der jugoslawischen Nationen aus.

Auf Druck der kroatischen und slowenischen Parteiorganisationen, denen sich die makedonische angeschlossen hatte, wurde auf dem 8. Parteikongreß im Dezember 1964 gegen den Widerstand des Ranković-Flügels beschlossen, die Staats- und Parteiorgane entsprechend der Multinationalität Jugoslawiens umzustrukturieren, und die Einstellung zur nationalen Frage wurde vorsichtig neu formuliert: Man erklärte die Auffassung für falsch, „daß sich die Nationen bei unserer sozialistischen gesellschaftlichen Entwicklung überlebt haben und daß eine einheitliche jugoslawische Nation geschaffen werden muß. Das ist Ausdruck eines bürokratischen Zentralismus und Unitarismus."

Die Zentralisten um Ranković versuchten, die Umstrukturierung der Führungsorgane und die Wirtschaftsreform mit allen Mitteln zu verhindern. In Serbien kursierte die Parole, daß es wieder einmal die Kroaten und Slowenen seien, die „Unglück über Serbien" brächten.

1966 wurde Ranković gestürzt. Es wurde offiziell aufgedeckt, daß er mit Hilfe seiner Geheimpolizei und zusammen mit der serbischen Parteiführung Einfluß auf die personelle Besetzung der Bundesbehörden nahm und sogar Tito bespitzeln ließ; auch die Ausschreitungen der UDBA wurden in Zeitungen enthüllt.

Forderungen nach Selbstbestimmung

Nach Ranković's Sturz wurden in allen Republiken Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung laut. 1966 verlangten slowenische und makedonische Kommunisten die tatsächliche Umsetzung der verfassungsmäßig verankerten Gleichberechtigung ihrer Sprachen mit dem Serbokroatischen, und ein Jahr später forderten Kroaten die Gleichberechtigung der kroatischen Variante der serbokroatischen Sprache mit der serbischen Variante.

Im Juli 1967 erklärte sich die makedonische orthodoxe Kirche, die bisher zur serbisch-orthodoxen Kirche gehört hatte, für unabhängig, was die serbisch-orthodoxe Kirche bis heute nicht anerkennt. Im gleichen Jahr erhielten die bosnischen Muslime, die bisher von der UDBA niedergehalten worden waren, ihre Anerkennung als Volk. Auch im Kosovo hatte Ranković's Sturz die Schleusen geöffnet: Im November 1968 demonstrierten die Albaner für ihre Anerkennung als Staatsvolk und die Schaffung einer siebten, albanischen Teilrepublik. Zwar wurden die Demonstrationen niedergeschlagen, aber kurz danach wurde der rechtliche Status der Provinz Kosovo gegenüber Serbien verbessert.

Der kroatische Frühling

Doch während sich der Nationalismus der übrigen jugoslawischen Völkern in vereinzelten Aktionen manifestierte, entwickelte sich in Kroatien eine nationale Bewegung, in deren Mittelpunkt die „wirtschaftliche Ausbeutung" Kroatiens stand. An ihr waren nach kroatischer Auffassung die Serben schuld und konkret die Belgrader Banken, die einen Großteil der Investitionskredite in Jugoslawien kontrollierten. So erwirtschaftete Kroatien Ende der sechziger Jahre 35–40 Prozent des jugoslawischen Devisenaufkommens (vor allem durch Fremdenverkehr und Überweisungen kroatischer Gastarbeiter), erhielt aber nur 17 Prozent der jugoslawischen Devisenkredite, was die Kroaten nicht nur in Anbetracht ihrer wirtschaftlichen Kraft, sondern auch in Anbetracht dessen, daß sie 22 Prozent der Bevölkerung stellten, höchst ungerecht fanden.

Kroatische Studenten griffen die nationalen Forderungen auf und gingen für Kroatien auf die Straße. Ende 1969 erfaßte die nationale Bewegung auch die kroatische Parteiführung um die Parteichefin Savka Dabčević-Kučar und den ZK-Sekretär Mika Tripalo. Sie sprachen ebenfalls von „wirtschaftlichen Mißständen". In Kroatien wuchs die Überzeugung, in jedem Jugoslawien ausgebeutet und benachteiligt worden zu sein. 1971 verlangten die Studenten eine Vertretung Kroatiens in der UNO, die Föderalisierung der Armee und politischen Pluralismus, und in diversen Publikationen wurden Forderungen nach Unabhängigkeit laut. Dies blieb nicht ohne eine Erwiderung von serbischer Seite. Schon damals forderte die serbische Minderheit in Kroatien die Errichtung autonomer serbischer Provinzen und ihren Anschluß an Serbien.

Ende 1971 schlug Tito den sogenannten „kroatischen Frühling" nieder. In Zagreb rollten Panzer durch die Straßen, ein Studentenstreik wurde mit massivem Polizeieinsatz beendet und Dabčević-Kučar und Tripalo wurden zum Rücktritt gezwungen. Es folgten zahlreiche Parteiausschlüsse, Maßregelungen und Verhaftungen von Schriftstellern, Professoren und anderen Personen des öffentlichen Lebens. Nach dieser Säuberungswelle verbreitete sich in Kroatien politische Apathie. Alle nachfolgenden Parteiführungen hatten die Lektion von 1971 so gut gelernt, daß aus der liberalen kroatischen Parteiorganisation eine der konservativsten wurde. Die kroatische Bevölkerung fand in der katholischen Kirche Zuflucht.

Fast alle heutigen führenden Politiker Kroatiens sind Opfer der Säuberungen nach dem „kroatischen Frühling". So beispielsweise die gesamte Führungsriege der regierenden Partei HDZ („Kroatisch-Demokratische Gemeinschaft") von Präsident Franjo Tudjman bis Stipe Mesić, der der letzte Vorsitzende des jugoslawischen Staatspräsidiums war. Auch die Führer der anderen Parteien saßen nach 1971 teilweise jahrelang im Gefängnis, zum Beispiel Marko Veselica, der Vorsitzende der „Kroatischen Demokratischen Partei" oder Dražen Budiša, der Vorsitzende der „Kroatischen Liberalen Partei". Savka Dabčević-Kučar und Mika Tripalo sind heute ebenfalls wieder aktiv, allerdings nicht mehr so populär wie Anfang der siebziger Jahre.

Die Säuberungen blieben aber nicht auf Kroatien beschränkt. In einem berühmt gewordenen Brief vom 18. September 1972 an alle Parteiorganisationen verurteilte Tito alle liberalen und nationalen Tendenzen als „An-

archoliberalismus", „Chauvinismus", „Separatismus" und „Konterrevolution". Daraufhin wurden die slowenische, die makedonische und die serbische Parteiführung gesäubert.

Die Verfassung von 1974

Seitdem war jeglicher Nationalismus in Jugoslawien wieder tabu, und Tito formulierte die Aufgabe der Jugoslawischen Volksarmee neu. „Die Aufgabe unserer Armee ist nicht nur die Verteidigung der territorialen Integrität unseres Landes, sondern auch die Verteidigung des Sozialismus, wenn wir glauben, daß er gefährdet ist und nicht mit anderen Mitteln verteidigt werden kann."

Die Lösung der nationalen Problematik sah Tito jedoch nicht in einer Rückkehr zum Zentralismus, sondern in einer weiteren Stärkung des Föderalismus. Die Verfassung von 1974 schuf kollektive Führungsgremien und paritätisch besetzte Bundes- und Parteiorgane: das achtköpfige Staatspräsidium (jeweils ein Vertreter der sechs Republiken und der zwei Autonomen Provinzen) als höchstes und mächtigstes Bundesorgan mit weitgehenden Entscheidungsbefugnissen sowie das ebenfalls paritätisch besetzte, 48köpfige Parteipräsidium, an dessen Weisungen die einzelnen Parteiorganisationen in den Republiken und Provinzen gebunden waren: die „eiserne Klammer Jugoslawiens".

Ferner übertrug die Verfassung von 1974 sehr viele wirtschaftliche Rechte auf die Republiken; in die Kompetenz der Bundesregierung fielen nur noch die Währungs- und Steuerpolitik, der Fonds zur Förderung der unterentwickelten Gebiete Jugoslawiens und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland.

Titos letzte Jahre verliefen ruhig, und am 4. Mai 1980 konnte er in dem Glauben sterben, ein wohlgeordnetes Haus zu hinterlassen.

Der Zerfall Jugoslawiens

Nach Titos Tod gab es zunächst keine Veränderungen in Jugoslawiens Politik. Titos Nachfolger waren überzeugt, daß sie durch die Beibehaltung der bisherigen Linie am besten überleben würden. Aber schon 1981 kam die erste Erschütterung: ein großer Aufstand im Kosovo. Die zweite, fundamentale Erschütterung, die zum Zerfall Jugoslawiens und gleichzeitig zum Aufleben des Nationalismus führte, war der rapide wirtschaftliche Niedergang.

Bereits 1980 betrug die Inflationsrate 27 Prozent, das Zahlungsdefizit 4 Millarden Dollar, und es gab ernste Versorgungsmängel. Die Auslandsschulden, die die jugoslawische Bundesregierung erstmals zusammenrechnen ließ, beliefen sich auf 19 Millarden Dollar. Mitte 1980 wurde der Dinar um 30 Prozent abgewertet und ein Preisstop verfügt – die ersten einer Vielzahl von vergeblichen Versuchen, die jugoslawische Wirtschaft zu stabilisieren.

Jugoslawien befand sich politisch und wirtschaftlich in einer Sackgasse. In der Bevölkerung, die unter Versorgungsengpässen, Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit leiden mußte, stieg der Unmut über die unfähigen Parteifunktionäre. In dieser Situation ergriffen zwei Parteiorganisationen die Initiative, schlugen dabei aber entgegengesetzte Wege ein: Slowenien setzte ab 1986 auf Demokratisierung und Reformen, in Serbien rief Slobodan Milošević zur Schaffung eines neuen serbischen Selbstbewußtseins auf.

Die Kosovo-Unruhen 1981

Seit dem Aufstand im Kosovo 1981 waren die nationalen Emotionen in Serbien aufgeputscht. Die Unruhen hatten im März 1981 in Priština (Hauptstadt des Kosovo) mit einer Studentendemonstration begonnen und weiteten sich bald auf das ganze Kosovo aus. Die Albaner forderten ihre „Kosovo-Republik". Über die Provinz wurde der Ausnahmezustand verhängt und in- und ausländischen Journalisten die Einreise verboten. Bei der darauffolgenden gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes sollen nach Schätzungen 1000 Albaner ihr Leben verloren haben.

Die Unruhen lösten in Serbien eine Welle nationalistischer Propaganda aus. 1982 rief die serbisch-orthodoxe Kirche zum Schutz der serbischen Bevölkerung und ihrer Heiligtümer im Kosovo auf. Sie bezichtigte albanische Nationalisten des „Völkermords" an Serben und meinte, die Albaner würden serbische Heiligtümer schänden und einen systematischen Druck auf die serbische Bevölkerung ausüben. Auch serbische Medien und das Belgrader Fernsehen beteiligten sich an der Kampagne.

Der Sieg des serbischen Nationalismus

1986 gelang Slobodan Milošević der politische Durchbruch. Er wurde Vorsitzender des BdK Serbiens und Vertreter Serbiens im Staatspräsidium. Ein Jahr später erreichte er die Absetzung seines größten Widersachers, des serbischen Republikspräsidenten Ivan Stambolić, und war damit uneingeschränkter Herrscher in Serbien. Die Presse wurde gleichgeschaltet und die Partei von Milošević-Kritikern gesäubert.

Seinen Aufstieg verdankte Milošević der Kosovo-Frage. Schon hier hatte er das serbische Genozid-Trauma ausgenutzt und das Feindbild des „genoziden" Albaners aufgebaut. Sich selbst präsentierte er als den starken Mann Serbiens, der den „letzten Völkermord des 20. Jahrhunderts" beenden und das Kosovo den Serben zurückgeben würde. Die Albaner waren aber nicht der einzige „Feind Serbiens": Die Slowenen wähnte Milošević mit ihnen im Bunde, und Tito wurde beschuldigt, Serbien durch sein föderales Konzept „zerrissen", das Kosovo „albanisiert" zu haben und überhaupt antiserbisch orientiert gewesen zu sein. Die wirtschaftliche Krise in Jugoslawien führte Milošević auf die „Betonköpfe" in der Partei zurück, die nur ihre eigenen Interessen verfolgten.

Die serbischen Massen waren von „Slobo" begeistert, und schon bald blies Milošević zum Marsch auf Jugoslawien. Am 5. Oktober 1988 belagerten 100000 serbische Demonstranten das Parlamentsgebäude in Novi Sad (Vojvodina) und verlangten in Sprechchören den Rücktritt der Partei- und Republikführung, da sie jegliche Änderung des Status der Provinzen ablehnte und dadurch den angeblichen „Genozid an Serben im Kosovo" unterstützte. Nach 24 Stunden trat die Vojvodina-Führung zurück. Die neuen Politiker waren Gefolgsleute von Milošević. Nur zwei Tage später, am 7. Oktober, spielte sich das gleiche Szenario in der Hauptstadt Montenegros, Titograd, ab. Auch dort traten die führenden Politiker nach und nach, durch weitere Demonstrationen bedrängt, zurück, und auch dort kamen Vertrauensleute von Milošević an die Macht.

Kosovo

Das nächste Ziel war die Einverleibung des Kosovo. Durch eine Änderung der jugoslawischen Bundesverfassung Ende 1988 und der serbischen Republikverfassung im März 1989 verlor das Kosovo alle politischen Rechte. Demonstrationen und Proteste der Albaner wurden mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Allein bei der letzten Demonstration im Januar 1990 gab es offiziell 90 Tote. Am 3. Juli 1990 wurde das Kosovo-Parlament aufgelöst, und im September 1990, nach einem albanischen Generalstreik, verloren auf einen Schlag 20000 Albaner ihre Arbeit. Seitdem herrscht im Kosovo eine serbische Militärdiktatur. Die Krankenversorgung liegt brach, Schulen und Universitäten sind zum größten Teil geschlossen, es gibt keine albanischen Zeitungen mehr (bei 90 Prozent albanischem Bevölkerungsanteil). Das Helsinki-Komitee zum Schutz der Menschenrechte, das sich 1990 im Kosovo aufhielt, wies Serbien einfach aus.

Slowenien

Die schärfste Kritik an Serbien übte Slowenien. Bereits 1985 hatte der slowenische BdK Befürchtungen geäußert, daß Serbien durch eine Gleichschaltung seiner Provinzen zur alten serbischen Hegemonie zurückkehren könnte, später verurteilte es immer wieder die serbische Repressionspolitik im Kosovo und den zentralistischen Kurs Serbiens. Sloweniens Rezept zur Lösung der Krise lag in der Abkehr vom Kommunismus. Ende 1987 sprach sich der slowenische Parteichef Milan Kučan für marktwirtschaftliche Reformen und ein Überdenken der Rolle der Partei aus, und nach einigem Zögern entschloß sich der BdK Sloweniens im Januar 1989 zur Aufgabe des Parteimonopols. Für 1990 wurden freie Wahlen angesetzt.

Kroatien

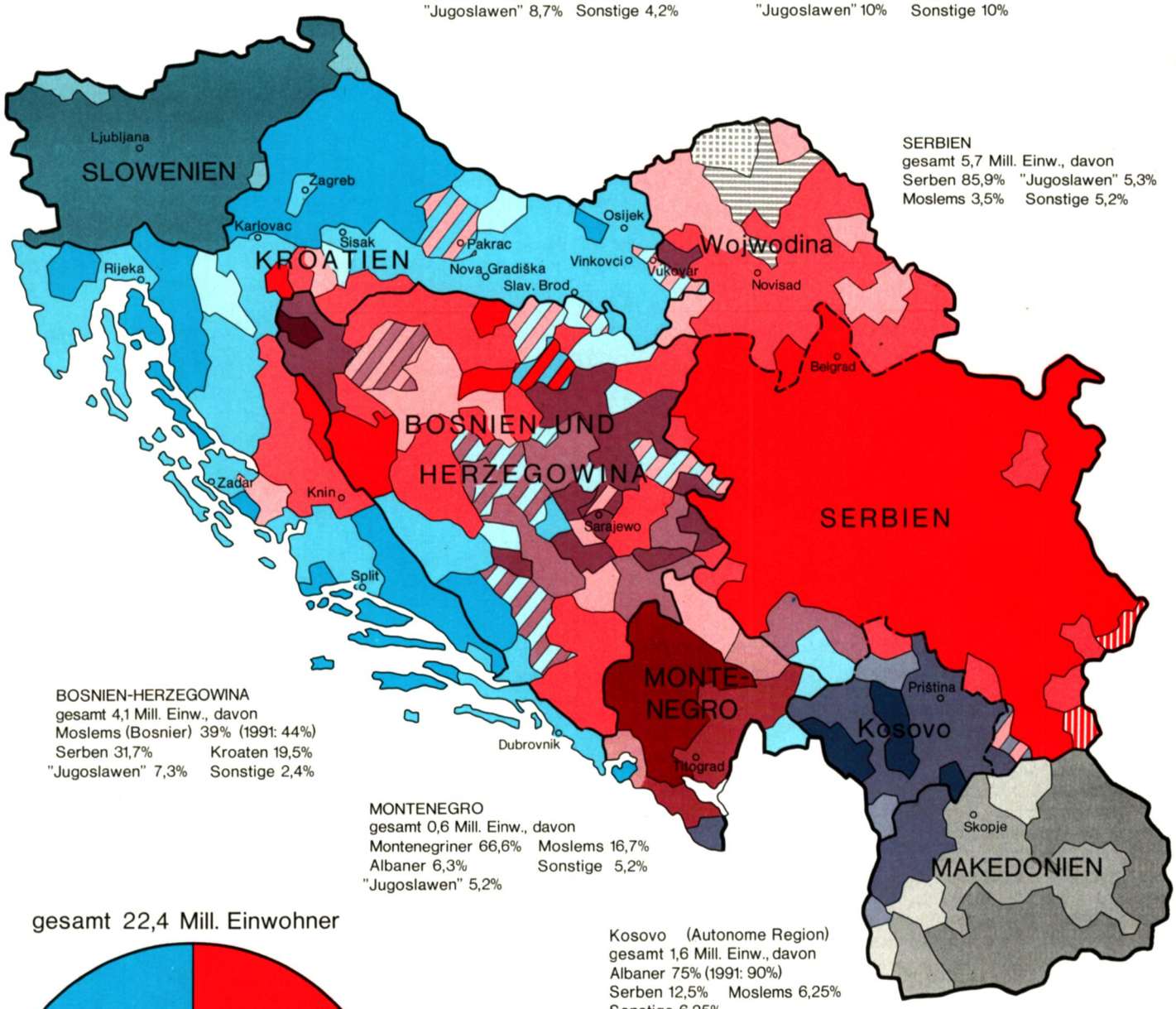
In Kroatien war seit der Säuberung von 1971 eine konservative Parteiführung an der Macht, die für Reformen und Demokratisierung nicht so aufgeschlossen war wie die slowenischen Kommunisten. Gegen Milošević bezog sie erst Ende 1988 Stellung, und zwar indem sie mit Vehemenz Titos Erbe, das föderale Konzept, verteidigte.

Nationalitäten (nach der Volkszählung 1981)

SLOWENIEN
gesamt 1,9 Mill. Einw., davon
Slowenen 89,5% Kroaten 3,0%
Serben 2,2% "Jugoslawen" 1,4%
Sonstige 3,9%

KROATIEN
gesamt 4,6 Mill. Einw., davon
Kroaten 76,2% Serben 10,9%
"Jugoslawen" 8,7% Sonstige 4,2%

Wojwodina (Autonome Region)
gesamt 2,0 Mill. Einw., davon
Serben 55% Ungarn 20%
"Jugoslawen" 10% Sonstige 10%

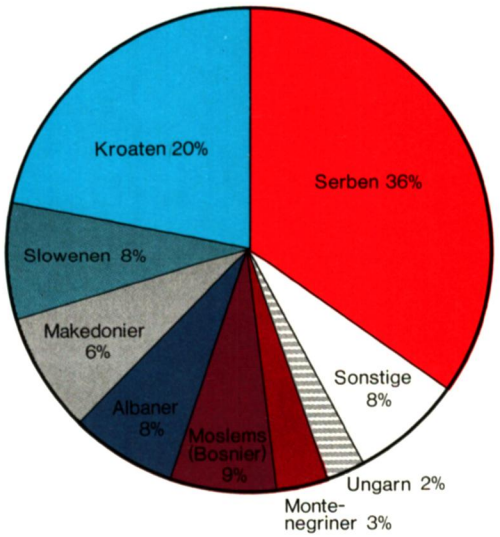


SERBIEN
gesamt 5,7 Mill. Einw., davon
Serben 85,9% "Jugoslawen" 5,3%
Moslems 3,5% Sonstige 5,2%

BOSNIEN-HERZEGOWINA
gesamt 4,1 Mill. Einw., davon
Moslems (Bosnier) 39% (1991: 44%)
Serben 31,7% Kroaten 19,5%
"Jugoslawen" 7,3% Sonstige 2,4%

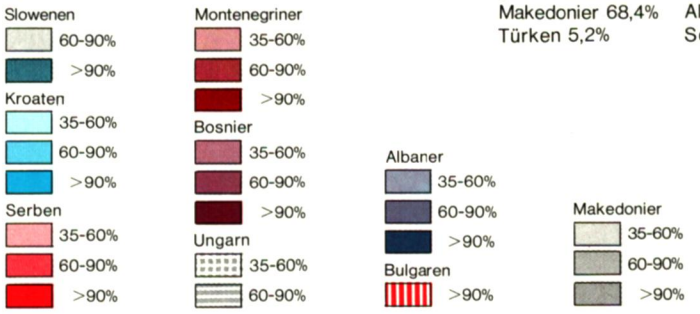
MONTENEGRO
gesamt 0,6 Mill. Einw., davon
Montenegriner 66,6% Moslems 16,7%
Albaner 6,3% Sonstige 5,2%
"Jugoslawen" 5,2%

gesamt 22,4 Mill. Einwohner



Kosovo (Autonome Region)
gesamt 1,6 Mill. Einw., davon
Albaner 75% (1991: 90%)
Serben 12,5% Moslems 6,25%
Sonstige 6,25%

MAKEDONIEN
gesamt 1,9 Mill. Einw., davon
Makedonier 68,4% Albaner 21%
Türken 5,2% Sonstige 5,2%



Bei der Volkszählung 1981 konnten Personen, die sich keiner Volksgruppe zugehörig fühlten, als Nationalität auch "Jugoslawe" angeben. Die muslimischen Bosnier wurden als Volk unter der Bezeichnung "Moslems" geführt; dagegen gaben die ebenfalls muslimischen Albaner als Nationalität "Albaner" an.

Milošević warf den kroatischen Kommunisten Serbenfeindlichkeit vor. Nach Berichten kroatischer Zeitungen wurden in dieser Zeit „Belgrader Emissäre" in den serbisch bewohnten Gebieten Kroatiens tätig; sie erzählten den Serben, daß ihre Lage schlimmer sei als die der Serben im Kosovo.

Als sich abzeichnete, daß Slowenien die gesamtjugoslawische kommunistische Partei verlassen und Kroatien mit den serbischen Zentralisten alleine lassen würde, kündigte auch der BdK Kroatiens für 1990 freie Wahlen an. Damit brach Jugoslawien wieder einmal an der klassischen Trennlinie auseinander.

Das Ende des BdKJ

Der 14. BdKJ-Kongreß am 22. Januar 1990 bedeutete das Ende der 45jährigen Herrschaft der kommunistischen Partei in Jugoslawien. Am späten Abend verließ die slowenische Delegation demonstrativ den Saal, da jeder ihrer Anträge – Garantie der Menschenrechte in Jugoslawien, Beendigung des Ausnahmezustandes im Kosovo, freie Wahlen, Trennung von Partei und Staat und anderes mehr – vom „serbischen Block" (Serbien, das gleichgeschaltete Montenegro und die gleichgeschalteten Provinzen) überstimmt worden war.

Zur Sitzung des Zentralkommitees im April erschienen nur noch die serbischen Abgeordneten vollständig. Ihren Aufruf an die „gesunden Elemente der Partei", die Einheit zu wahren, druckte ein kroatisches Abendblatt mit Sinn für schwarzen Humor zwischen Todesanzeigen ab; den BdKJ gab es nicht mehr.

Die Wahlen in Slowenien und Kroatien

Im April und Mai 1990 fanden in Slowenien und Kroatien die angekündigten Wahlen statt. Mit 55 Prozent der Stimmen ging in Slowenien das national-konservative Wahlbündnis DEMOS als Sieger aus den Wahlen hervor (die Kommunisten erhielten 17 Prozent); zum Präsidenten wählten die Slowenen den ehemaligen Kommunisten Milan Kučan, der sie zielstrebig in die Demokratie geführt hatte.

In Kroatien gewann die „Kroatisch-Demokratische Gemeinschaft" (HDZ) des Franjo Tudjman. Sie hatte 42 Prozent der Stimmen erhalten und aufgrund des von den Kommunisten eingeführten Mehrheitswahlrechts in 104 von 131 Wahlkreisen gewonnen. Zwar setzte sie sich ebenso wie die slowenische DEMOS für Demokratie, Marktwirtschaft und die Umwandlung Jugoslawiens in eine Konföderation ein, hatte aber im Wahlkampf verstärkt auf den kroatischen Nationalismus gesetzt und sich als die Nachfolgerin der Bauernpartei von Stjepan Radić und der Rechtspartei von Ante Starčević aus dem 19. Jahrhundert präsentiert. Im Zentrum des Wahlkampfs stand die „kroatische Staatlichkeit".

Unter den Kroaten hatte die HDZ Begeisterungsstürme ausgelöst, in der serbischen Bevölkerung Kroatiens (12 Prozent) allerdings Ängste. Belastet durch die Erfahrungen im Ustaša-Staat, befürchteten die Serben in dem neuen kroatischen Staat ausgegrenzt zu werden, wenn nicht gar noch Schlimmeres. Diese Ängste wurden von der Belgrader Presse systematisch geschürt. „Der totgeglaubte kroatische Faschismus ist wieder zu neuem Leben erwacht", schrieb die Belgrader „Politika" während des Wahlkampfes, und fast täglich wurde den in Kroatien lebenden Serben geraten, sich durch Schaffung autonomer Provinzen vor der „Ustaša-Regierung" zu schützen.

Die Idee der Konföderation

Slowenien und Kroatien nabelten sich durch verschiedene Verfassungsänderungen, die Rechte auf die Republik-Parlamente übertrugen, vom jugoslawischen Bundesstaat ab. Slowenien begann auch mit dem Aufbau einer eigenen Armee: Am 28. September 1990 beschloß das slowenische Parlament, daß slowenische Rekruten nur noch in der slowenischen Territorialverteidigung (der den Republiken unterstehenden Unterorganisation der Armee) ihren Wehrdienst ableisten sollten, und erklärte sich zum alleinigen Oberbefehlshaber über die Territorialstreitkräfte.

Die Umtriebe in Slowenien und Kroatien wurden vom Staatspräsidium, in dem der Serbe und enge Mitarbeiter Milošević's Borisav Jović den Vorsitz hatte, und der Armee, in der 70 Prozent der Generäle Serben waren, mißtrauisch beobachtet. Immer wieder wurde mit der Verhängung von Ausnahmezuständen und einer Militärintervention gedroht, und in erbitterten Reden wurden Slowenien und Kroatien als „Zerstörer Jugoslawiens" angegriffen.

Die beiden nordwestlichen Republiken verfolgten ihren Weg aber zielstrebig weiter und drängten auf eine Konföderalisierung Jugoslawiens, in der sie, wie sie erklärten, die einzige Möglichkeit sahen, Jugoslawien als Bundesstaat zu erhalten. Nach ihrem Konföderationsmodell sollte Jugoslawien auf eine Wirtschaftsgemeinschaft mit Zollunion und möglicherweise gemeinsamer Verteidigung reduziert werden. Jeder der zu bildenden Staaten hätte eine eigene Armee, wobei Teilverbände einem gemeinsamen Oberbefehl unterstellt werden könnten, ein eigenes Steuersystem, Rechtssystem und eine eigene Währung.

Vom Einheitsstaat zu Großserbien

Angesichts des Zerfalls des BdKJ und der Wahlergebnisse in Slowenien und Kroatien hatte sich Milošević im Frühjahr 1990 zu einer Kursänderung entschlossen. Hatte er bis zu diesem Zeitpunkt mit allen Mitteln versucht, den jugoslawischen Gesamtstaat unter kommunistischer Herrschaft und serbischer Führung aufrechtzuerhalten, begann er jetzt mit der Parole „Srbija može sama" (Serbien kann's auch alleine) eine Rückzugsposition aufzubauen: die Schaffung eines Großserbiens für den Fall, daß Jugoslawien zerbrechen würde.

Im Falle einer Konföderation werde „das Thema der Grenzen Serbiens eine offene politische Frage" – Serbien sei überall dort, wo serbische Gräber seien.

Fester Bestandteil von Milošević's Politik war die permanente Agitation der gleichgeschalteten serbischen Medien gegen die „nationalistischen, separatistischen, faschistischen und genoziden" Albaner, Kroaten und Slowenen, wobei diese Adjektive beliebig kombiniert wurden und nur den Slowenen die Anschuldigung der „Genozidität" erspart blieb.

Seine Destabilisierungspolitik trug in Kroatien ihre Früchte: Von Anfang an steuerte die „Serbische Demokratische Partei" einen Konfrontationskurs. Zwar hatte Tudjman ihrem Führer Jovan Rašković bei der Kabinettsbildung den Posten des Vizepremierministers angeboten und forderte ihn immer wieder zur Mitarbeit im Parlament auf, aber Rašković verlangte kompromißlos die Schaf-

Dubrovnik, die „Perle der Adria", ein einzigartiges städtebauliches Ensemble, wurde von der Unesco in die Liste der Weltkulturdenkmäler aufgenommen.

fung autonomer serbischer Provinzen, was die kroatische Regierung ablehnte.

Als das kroatische Parlament am 25. Juli 1990 einige Verfassungsergänzungen verabschiedete, die das lateinisch geschriebene Kroatisch als Amtssprache einführten und nach denen das kyrillisch geschriebene Serbisch nur in Gemeinden, wo Serben die Mehrheit stellten, vorgesehen war (nach serbischer Auffassung die Unterdrückung schlechthin), gründete die „Serbische Demokratische Partei" in dem kroatischen Dorf „Srb" (= der Serbe) ein Gegenparlament, kündigte den Boykott des kroatischen Parlaments an und erklärte in 13 mehrheitlich von Serben bewohnten Dörfern um Knin die „Souveränität und Autonomie des serbischen Volkes". Verhandlungsangebote schlug Raškovic ab. Wenige Tage später rief das serbische Gegenparlament die Kniner Serben zu einem Referendum über eine nicht näher definierte serbische Autonomie auf. Die kroatische Regierung verbot dieses Referendum und kündigte drohend an, daß sie es zu verhindern wissen werde. Am 17. August fand in Knin der erste serbische Aufstand statt, der in Kroatien als der Beginn des serbisch-kroatischen Bürgerkrieges gilt. An diesem Tag stürmten Hunderte von Serben die Polizeistation und bewaffneten sich. Drei Polizeihubschrauber, die aus Zagreb Richtung Knin flogen, wurden von zwei Kampfflugzeugen der Jugoslawischen Volksarmee zur Landung gezwungen. Seitdem ist Knin in serbischer Hand.

In den folgenden Monaten überfielen Serben auch in anderen kroatischen Dörfern Polizeistationen oder erhielten Waffen von der Jugoslawischen Volksarmee. Um einen Eklat zu verhindern, setzte sich Kroatien dagegen nur verbal zu Wehr; ein einziger Polizeieinsatz Anfang Oktober wurde schnell abgeblasen.

Am 23. Dezember 1990 führte Slowenien trotz heftiger Drohungen und Verbote aus Belgrad und der Armee eine Volksabstimmung durch. Die Frage hieß: „Soll Slowenien ein selbständiger und unabhängiger Staat werden?" 88 Prozent der Slowenen stimmten für die Unabhängigkeit; die Wahlbeteiligung betrug 94 Prozent.

Der Weg in den Krieg

Im Januar 1991 begannen zwischen Vertretern der einzelnen Republiken Verhandlungen über die Zukunft Jugoslawiens. Die Positionen waren klar: Kroatien und Slowenien verlangten ultimativ die Konföderalisierung Jugoslawiens; Milošević erklärte dagegen, daß die Republikgrenzen rein „administrativ" seien und nicht einfach zu Staatsgrenzen erklärt werden könnten. Über die Zukunft Jugoslawiens müßten die Völker entscheiden, wobei das serbische Volk nicht hinnehmen werde, auf „verschiedene souveräne Staaten" verteilt zu werden. „Das serbische Volk wird in einem Staat leben, und jedes andere Volk, das mit ihm gleichberechtigt im gleichen Staat leben will, ist willkommen."

In Kroatien und Slowenien wurden Milošević's Äußerungen als „Ausdruck ungehemmter Aggressivität" bewertet. Wie willkommen andere Völker in „Serboslawien" wären, sähe man an den Albanern. Beide Regierungen waren auch von der Haltung des Westens enttäuscht. In einem Interview Ende Dezember hatte der italienische Außenminister Gianni De Michelis erklärt, Kroatien und Slowenien wären „Extremisten" und hätten allein keine Aussichten, in das gemeinsame Europa aufgenommen zu werden.

Sloweniens Abschied

Schon im Januar 1991 befand sich Jugoslawien am Rande eines Bürgerkrieges. Am 9. Januar hatten das Staatspräsidium und die Armeeführung alle illegal bewaffneten Gruppen aufgefordert, ihre Waffen bis zum 22. Januar abzugeben. Damit waren vor allem die slowenischen Territorialstreitkräfte und die kroatische Polizei gemeint. Slowenien und Kroatien ignorierten das Ultimatum. Am 24. Januar landeten in Zagreb 14 Transportmaschinen der Armee mit Kriegsgerät und Soldaten.

Am gleichen Tag noch reiste Kučan zu Milošević, der sowohl ihn als auch Tudjman eingeladen hatte. Im Abschlußkommunique dieses Treffens stand ein für die zukünftige Entwicklung sehr wichtiger Satz: „Slowenien achtet das Interesse des serbischen Volkes, das in einem Staat leben möchte." Dieses slowenische Zugeständnis war angesichts der Tatsache, daß auf slowenischem Gebiet keine Serben leben, nicht erstaunlich; damit hatte sich Slowenien Serbiens Zustimmung zu seinem eigenen Weg erkauft. In Kroatien wurde der slowenische Alleingang jedoch als „Dolchstoß" empfunden. Ljubljana hatte die slowenisch-kroatische „Unabhängigkeitsfront" aufgekündigt.

Zwar gelang es auch Präsident Tudjman, die Bürgerkriegsgefahr noch einmal abzuwenden, aber er mußte dafür die Waffen der kroatischen Polizei abliefern.

In den folgenden Monaten wurde das Verhältnis zwischen Serbien und Kroatien immer gespannter. Die serbischen Medien agitierten hemmungslos, serbische Nationalisten demonstrierten für einen „Vorbeugeschlag gegen den kroatischen Faschismus", und im März brach in Pakrac (nördlich der Krajina) ein neuer serbischer Aufstand los. Diesmal ließ die kroatische Regierung ihre Polizeitruppen einrücken, woraufhin Jović im Alleingang den Einsatz der Armee anordnete, die die kroatischen Einheiten zum Rückzug zwang.

Am 19. Februar 1991 beschloß das slowenische Parlament endgültig den Austritt aus dem jugoslawischen Staatsverband. Dazu erklärte Kučan, daß Slowenien damit nicht die Tür zu einer Konföderation verschließe, aber die könne nur noch auf der Grundlage von souveränen Nachfolgestaaten vereinbart werden.

Kroaten stimmen für Unabhängigkeit

Einen Tag später verabschiedete auch das kroatische Parlament eine Resolution zur Auflösung Jugoslawiens. Der kroatischen Regierung saß die Angst im Nacken, daß sich Slowenien allein aus Jugoslawien absetzen und Kroatien in seinen Auseinandersetzungen mit den Serben allein lassen könnte.

Ende März wurden die Krisengipfel wieder aufgenommen, da sich Milošević etwas kompromißbereiter zeigte. Durch die blutige Niederschlagung von antikommunistischen Demonstrationen in Belgrad hatte er stark an Popularität verloren, und kurz danach war sein Versuch, in Jugoslawien einen Militärputsch zu inszenieren, gescheitert. Die Phase der Kompromißbereitschaft währte aber nur kurz, da Anfang April ein serbischer Aufstand im kroatischen Plitvice ausbrach. Bei den darauffolgenden Auseinandersetzungen

Der kulturhistorische Rang Dubrovniks hielt die jugoslawische „Volksarmee" nicht davon ab, die Stadt zu beschießen. Zahlreiche Bauten in der Altstadt wurden schwer getroffen.

Die Ruinen der Stadt Vukovar in Ost-Slawonien.

zwischen kroatischer Polizei und von der Bundesarmee unterstützten Aufständischen, die sich nach den Kämpfern des Obersten Mihajlović im Zweiten Weltkrieg Četniks nennen (siehe Seite 9), gab es die ersten beiden Toten und zahlreiche Verwundete.

Mitte April begann Kroatien mit dem Aufbau der „Nationalgarde" und kündigte an, notfalls mit Waffengewalt um die Souveränität zu kämpfen. Sie hatte aber keine Kontrolle über die Situation. Anfang Mai brachen im ostslawonischen Borovo Selo, in Kijevo (südöstlich von Knin) und in Palaca serbische Aufstände los, und in den „eroberten Dörfern" wurde die kroatische Bevölkerung schikaniert und vertrieben. Im Staatspräsidium blockierte der „serbische Block" die am 15. Mai fällige Ablösung des Staatspräsidenten Jović durch den Kroaten Stipe Mesić.

Am 19. Mai ließ die kroatische Regierung eine Volksabstimmung über ein unabhängiges Kroatien durchführen, das den Serben und anderen Nationaliäten „kulturelle Autonomie und alle bürgerlichen Rechte" gewähre und das einem Bund souveräner jugoslawischer Staaten beitreten könne. 94 Prozent stimmten für die Unabhängigkeit. Am 28. Mai 1991 gab die kroatische Regierung bekannt, daß Kroatien aus dem jugoslawischen Staatverband austreten werde, wenn bis Ende Juni keine Einigung über eine Konföderation erzielt werde.

Am Dienstag, dem 25. Juni 1991, erklärten Slowenien und Kroatien gleichzeitig ihre Unabhängigkeit. Aus der ganzen Welt kamen Protestnoten. In der Nacht zum Donnerstag rückten Panzer nach Slowenien ein. Der Krieg gegen Slowenien, den Regierungschef Marković befohlen hatte, kostete 67 Menschen das Leben, dauerte aber nur kurz. Bereits am Freitag um 21 Uhr wurde auf Intervention der EG ein Waffenstillstand geschlossen und am 8. Juli 1991 das Abkommen von Brioni unterschrieben, das die Aussetzung der Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens für drei Monate, die Anerkennung Mesić's als Staatspräsident und Verhandlungen vorsah.

Verhandelt wurde seitdem viel, aber auf ganzer Linie erfolglos: In Kroatien herrscht auch nach dem 14. Waffenstillstand Krieg, mehrere Tausend Menschen haben ihr Leben verloren, über eine halbe Million sind auf der Flucht, mehr als ein Drittel des kroatischen Territoriums ist serbisch besetzt, und das finanzielle Ausmaß der Kriegsschäden beläuft sich derzeit auf über 20 Millarden Dollar. In diesem Krieg geht es schon lange nicht mehr um den „Schutz der serbischen Minderheit", sondern um Gebietseroberungen für Großserbien. Dieser Krieg ist kein herkömmlicher Krieg: Rot-Kreuz-Helfer, Journalisten und EG-Beobachter werden beschossen, es werden Waffen eingesetzt, die nach der Genfer Konvention verboten sind, und immer wieder werden die verstümmelten Opfer grausamer Massaker gefunden.

Auch die Belgrader Medien schießen in diesem Krieg kräftig mit: Seit Monaten läuft eine Progandaschlacht gegen Deutschland und Österreich, die „neuen alten Faschisten", die zusammen mit Slowenien und Kroatien ein „Viertes Reich" errichten wollen. So absurd diese Vorwürfe sind, serbische Ängste sind angesichts der Ustaša-Greuel nicht unverständlich.

Aber auch in der Haltung der übrigen Welt in diesem Konflikt erweist sich wieder einmal die Macht historischer Erinnerungen. In Großbritannien, in Frankreich und in den USA ist unvergessen, daß die Serben in zwei Weltkriegen Verbündete waren, während die Kroaten beide Male auf der falschen Seite standen. Die westlichen Alliierten betrachteten sich überdies als Paten des 1918/19 entstandenen südslawischen Staates. Titos Jugoslawien schließlich hatte Stalin die Stirn geboten und galt ungeachtet seines Festhaltens an der kommunistischen Ideologie als Verbündeter des Westens im Kalten Krieg.

So klammerten sich EG und USA jahrelang an die Einheit Jugoslawiens und verschlossen sowohl vor den Menschenrechtsverletzungen im Kosovo als auch vor der serbischen Aggressionspolitik gegen Slowenien und Kroatien die Augen. Die Unterhändler von EG und UN spielten der serbischen Seite in die Hände. Während sie endlose Verhandlungen führten und immer neue Waffenstillstände vereinbarten, konnte die serbisch dominierte „Bundesarmee" und die Četniks ihren Eroberungs- und Vernichtungsfeldzug fortführen.

In Deutschland standen öffentliche Meinung, Parteien und schließlich auch die Bundesregierung auf seiten der Bedrängten, gewiß nicht aus Kriegsnostalgie, sondern in Erinnerung an die Gastfreundschaft der Kroaten an der Adriaküste, die Millionen deutscher Touristen erfahren haben, und aus Solidarität mit den Hunderttausenden Kroaten und Slowenen, die seit vielen Jahren in Deutschland leben und arbeiten. Die Deutschen drängten die übrigen EG-Mitglieder zur diplomatischen Anerkennung beider Staaten. Am 17. Dezember gelang es schließlich Außenminister Genscher, alle zwölf EG-Mitglieder auf eine gleichzeitige Anerkennung Kroatiens und Sloweniens bis zum 15. Januar 1992 zu verpflichten; Deutschland sprach die Anerkennung schon am 23. Dezember aus.

Literaturhinweise

Bartl, Peter: *Grundzüge der jugoslawischen Geschichte,* Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1985.

Furkes, Josip/Karl-Heinz Schlarp (Hrsg.): *Jugoslawien: Ein Staat zerfällt,* rororo aktuell TB 13074, Rowohlt Verlag, Reinbek 1991.

Kohl, Christine von: *Jugoslawien,* TB BSR 832, Verlag C. H. Beck, München 1990.

Razumovsky, Dorothea Gräfin: *Chaos Jugoslawien,* TB SP 1577, Piper Verlag, München 1991.

Sundhaussen, Holm: *Geschichte Jugoslawiens 1918–1980,* Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1982.

Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn.
Redaktion: Iris Möckel, Horst Pötzsch (verantwortlich), Carola Preiter. *Redaktionsschluß:* Januar 1992.
Manuskript: Alexandra Stiglmayer, Köln.
Fotos: Frank Rother, Bergisch Gladbach (S. 3, 5); Privat (S. 14, 15); SABA, New York (S. 16).
Karten: Joachim Zwick, Gießen (S. 4, 13).
Gesamtherstellung und Vertrieb: Franzis-Druck, Karlstraße 35, 8000 München 2. *Druck:* Wenschow-Franzis, München.